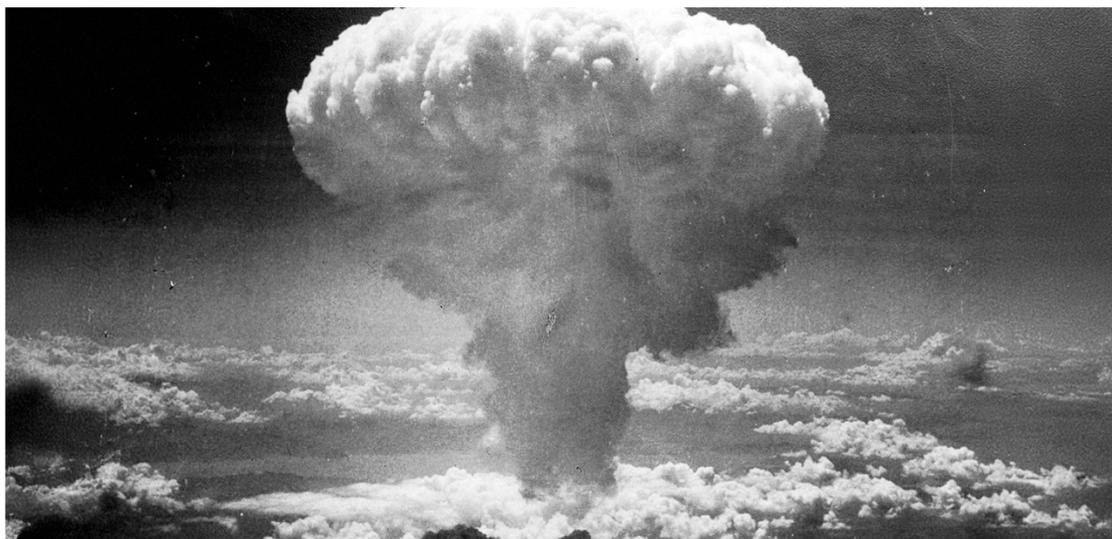


Unsere Welt



80 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Weg mit der Bombe!

Der erste und einzige Einsatz der Atombombe in einem Krieg hatte entsetzliche Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Angesichts der internationalen Spannungen ist der Einsatz von Atomwaffen durch die Grossmächte heute wieder zu einer realen Möglichkeit geworden. Was es 80 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki braucht, ist ein Verbot aller Atomwaffen.

Von Tarek Idri

Was Atomwaffen anrichten können, welche verheerende Wirkungskraft sie erzeugen und welche schrecklichen Folgen sie mit sich bringen, das hat die Menschheit bereits vor gut 80 Jahren erlebt. In Hiroshima und Nagasaki ist das Undenkbare passiert: die wohl gefährlichste Waffe der Menschheitsgeschichte, die Atombombe wurde von den USA gegen die japanische Bevölkerung eingesetzt. In Hiroshima wurden am 6. August und in Nagasaki am 9. August 1945 Atombomben abgeworfen. Ein menschengemachtes Höllenfeuer wurde auf diese beiden japanischen Städte losgelassen, die Luft wurde dabei auf mehrere Tausend Grad erhitzt und es entstand eine enorme Druckwelle.

Grausame Waffen

Mit einem Schlag wurden 200 000 Menschenleben ausgelöscht. Vom Stadtkern Hiroshimas blieb nichts mehr übrig. Grosse Teile Nagasakis wurden dem Erdboden gleichgemacht. Den verletzten Menschen konnte zunächst nicht geholfen werden, weil die Spitäler zerstört und 90 Prozent der Ärzte und des Pflegepersonals tot waren. Und als ob das nicht genug wäre, sind diejenigen, die den Druck und die Hitze der Atombomben überlebten, radioaktiv verstrahlt worden. In den Folgejahren verursachte die nukleare Verseuchung schwere, oft tödliche Krankheiten, verschiedenste Formen von Krebs, Fehlgeburten, genetische Schäden, Schilddrüsenerkrankungen und unzähliges mehr.

Atombomben sind äusserst grausame Waffen, ihr Einsatz ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In der Gegenwart ist die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen wieder deutlich angestiegen. Die Atommächte verfügen heute über Atomwaffen

mit einer 20-fachen Zerstörungskraft im Vergleich zu den Atombomben, die auf Hiroshima und Nagasaki niederfielen. Gleichzeitig sind die internationalen Spannungen wieder stark angestiegen. Der Ukraine-Krieg, bei dem sich atomare Grossmächte gegenüberstehen, lässt den Einsatz von Atomwaffen zu einer realen Möglichkeit werden. Die USA haben während der Biden-Regierung neue Atomsprenksätze nach Europa gebracht und damit ihre Pläne der beschleunigten Aufstockung und Modernisierung des Atomwaffen-Arsenals in Europa umgesetzt. Auf der anderen Seite hat Russland seine Abschreckungskräfte in Alarmbereitschaft versetzt und Atomwaffen in Belarus stationiert.

Im Mai 2025 kam es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan, beides sind Atommächte. Nur einen Monat später griffen die Atommächte Israel und USA den Iran an und zerstörten mutmasslich einen Teil der iranischen Nuklearanlagen. In all diesen Fällen könnte eine Eskalationsspirale in eine Katastrophe hineinführen, von der es kein Zurück mehr gibt. Nur ein einzelner Fehltritt, ein Missverständnis ist notwendig, um ein nukleares Armageddon auszulösen.

Atomwaffen verbieten

In bewaffneten Konflikten, in die Atommächte involviert sind, ist es wichtig, dass möglichst rasch verhandelt und ein Waffenstillstand erzielt wird. Aber damit wird das Problem nicht gelöst. Gegenwärtig können die Grossmächte mit Atomwaffen, mit dem Untergang der Menschheit drohen, um ihre Interessen durchzusetzen. Das muss sich endlich ändern. Letztlich kann die nukleare Bedrohung nur mit einem Mittel beseitigt werden:

durch das Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen. Es darf nicht mehr möglich sein, Atombomben zu produzieren, mit ihnen zu handeln, sie zu lagern oder zu finanzieren. Die Länder des Südens, die vom Westen seit Jahrhunderten ausgeplündert, drangsaliert und unterdrückt werden, haben in der UNO 2017 den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) durchsetzen können. Mit diesem Vertrag sind Atomwaffen jeglicher Art völkerrechtlich verboten. Der TPNW ist ein wirkungsvolles normatives Mittel zur Ächtung von Nuklearwaffen, das den Druck auf die Atommächte verstärken würde, sich für die nukleare Abrüstung zu engagieren.

Die Schweiz hat den TPNW nicht ratifiziert. Der Bundesrat weigert sich bis heute, diesen Vertrag zu unterschreiben. Das Verhältnis zum nuklearen Kriegsverbündnis NATO ist der Hauptgrund, weshalb der Bundesrat die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags verweigert. 2024 wurde offiziell der Entscheid getroffen, dem Atomwaffenverbotsvertrag nicht beizutreten. Ein Beitritt zu diesem Vertrag würde die militärische Zusammenarbeit der Schweiz, «insbesondere gegenüber der NATO» erschweren, heisst es explizit in der Begründung. Der Bundesrat sieht offenbar die NATO-Integration der Schweiz gefährdet bei der Unterstützung des TPNW.

Angesichts der Untätigkeit des Bundesrats braucht es Druck von unten, aus der Bevölkerung. Mit der Atomwaffenverbots-Initiative, welche von der Schweizerischen Friedensbewegung solidarisch unterstützt wird, können Tatsachen geschaffen werden. Wird die Initiative angenommen, dann wird der Beitritt der Schweiz zum TPNW verbindlich – und der Bundesrat muss den Vertrag ratifizieren. Noch läuft die Unterschriftensammlung. Sorgen wir dafür, dass es kein weiteres Hiroshima und Nagasaki geben wird!

Weitere Infos:
www.friedensbewegung.ch/atomwaffen-verbieten

Aus dem Inhalt

Hightech-Waffen im Wohnquartier	2
Gaza: Eine katastrophale Situation	3
Linkes Ja zur Neutralitätsinitiative?	4
Frieden schaffen, aber wie?	5
Der Kampf gegen die Atombombe	6
Militarisierung der Ostsee	7
Acht Thesen zur NATO	8

Weltfriedenswoche 2025

Eine Woche im Einsatz für den Frieden

Anlässlich des UNO-Weltfriedentags am 21. September organisiert die Schweizerische Friedensbewegung dieses Jahr eine ganze Weltfriedenswoche, in der wir uns täglich für den Frieden einsetzen.

Der 21. September wurde von der UNO-Generalversammlung zum Internationalen Tag des Friedens erklärt. Weltweit sollen an diesem Tag die Waffen ruhen; Feindseligkeiten und gewaltsame Konflikte müssen eingestellt werden. Es ist ein internationaler Aufruf, sich für den Frieden zu engagieren.

Vom 15. bis 20. September organisiert die Friedensbewegung in verschiedenen Städten in der ganzen Schweiz Aktionen und Infostände, um die Anliegen des Weltfriedentags auf die Strasse zu tragen und die Bevölkerung über Krieg und Frieden zu informieren.

Aktionen der SFB:

Montag, 15. September

Winterthur: 15-18h, Kesselhausplatz vor der Migros

Dienstag, 16. September

Aarau: 15-18h, Kasinopark

Mittwoch, 17. September

Zürich: 12-18h, Utoquai/Seepromenade, hinter der Bushaltestelle 912/916

Donnerstag, 18. September

Bern: 15-17h, Bahnhofplatz Bern, Westseite der Heiliggeistkirche
ab 18.30h Musik, Film, Diskussion im Breitschraff (mit Apéro)

Freitag, 19. September

Basel: 16-19h, Claraplatz

Samstag, 20. September

St. Gallen: 14-17h, Kornhausplatz beim Lämmlerbrunnen

Alle Updates und aktuelle Infos zu den Aktionen findet man auf:
www.friedensbewegung.ch

Wir freuen uns über deine Mithilfe. Interessierte, auch für Aktionen an anderen Orten, wenden sich an: mail@friedensbewegung.ch

Gemeinsam statt gegeneinander

Frieden entsteht nicht von allein. Für Frieden braucht es Menschen, die hinschauen, sich einmischen und gegen den Krieg ankämpfen. Die Schweizerische Friedensbewegung ist offen für alle, die ehrlich für den Frieden eintreten. Gemeinsam sind wir stärker und gemeinsam können wir etwas erreichen: Gewaltfreiheit, Abrüstung, Dialog. Dafür brauchen wir dich. Mit deiner Spende hilfst du, Informationsveranstaltungen, Kampagnen und Bildungsprojekte möglich zu machen. Ebenso wichtig ist dein persönliches Engagement. Ob durch die Teilnahme an einer Diskussion oder die Mithilfe bei Aktionen – jeder Einsatz für den Frieden zählt. Gemeinsam können wir zeigen, dass es Alternativen zu Krieg und Aufrüstung gibt. Unterstütze uns mit einer Spende und werde Teil einer Bewegung, die nicht aufgibt, für eine friedlichere Welt zu kämpfen.

Spende einfach und bequem mittels QR-Code.

Oder über folgendes Konto:

IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Vielen Dank!

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel



Rüstungsindustrie

Hightech-Waffen im Wohnquartier

Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall baut seine Produktion am Hauptsitz seiner Schweizer Niederlassung in Zürich-Oerlikon massiv aus. Eine Hiobsbotschaft fürs Quartier, wo man bis vor Kurzem darauf hoffte, dass das grosse Areal bald der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird – für friedliche Zwecke.

Von Gabriela Neuhaus

Vor gut zehn Jahren herrschte in unserer nächsten Nachbarschaft in Zürich-Oerlikon so etwas wie Aufbruchstimmung: Nachdem der deutsche Rüstungsgigant Rheinmetall 1999 die ehemalige Bührle-Kanonenfabrik von deren Erb:innen gekauft und zur Schweizer Tochterfirma Air Defence AG umgebaut hatte, wurden Pläne für einen Wegzug aus dem Quartier geussert. Die alten Strukturen würden nicht mehr zu heutigen Unternehmen passen, liess Rheinmetall 2013 verlauten. Man sei deshalb auf der Suche nach einem neuen Standort in der Region.

Um das freiwerdende 53 000 Quadratmeter grosse Industrieareal mitten in Neu-Oerlikon für die Zukunft fit zu machen, hatte Rheinmetall schon Ende 2012 die Immobilienentwickler Mobimo und Hochtief Development Schweiz AG an Bord geholt. Das erklärte Ziel des Konsortiums war es,

das zentral gelegene Herzstück des ehemaligen Bührle-Imperiums mit einem attraktiven Umnutzungsprojekt zu vergolden. «Nach dem Wegzug bietet sich auf dem Areal an ausgezeichneter Lage zwischen Bahnhof und Wohngebiet in Zürich-Oerlikon eine grosse Chance für eine attraktive, städtische Entwicklung basierend auf einer gemischten Nutzung mit Schwerpunkt im Wohnbereich. Damit stärkt Mobimo die Basis für attraktive neue Projekte weiter», schrieb der Immobilienkonzern in seinen Geschäftsbericht von 2012.

«Dieser Boden soll der Stadt gehören»

Die Aussicht auf ein Ende der Rüstungsproduktion im mittlerweile dichten Wohngebiet Oerlikon weckte rundum grosses Interesse und Begehrlichkeiten. Das abweisende und mit hohen Zäunen abgeschlossene



Aussensicht auf den Rheinmetall-Standort in Zürich-Oerlikon. Quelle: Gabriela Neuhaus.

Industrieareal passte so gar nicht mehr ins Quartier. Die Vision einer Öffnung und Umnutzung des Areals mit Kleingewerbe, Wohnen, Dienstleistungs- und Restaurantbetrieben stiess auf grosse Resonanz, insbesondere auch in Oerlikon selber. Um eine solche Entwicklung zu ermöglichen, hätte das Industrieareal zu einer Zentrumszone mit Mischnutzung aufgezoget werden müssen, mit der Folgewirkung eines verdreifachten Quadratmeterpreises für das riesige Grundstück. Schnell wurde deshalb die Forderung laut, die Stadt müsse das Areal, oder zumindest Teile da-

von, kaufen und gemeinnützigen Wohnbauträgern im Baurecht zur Verfügung stellen. Die Alternative Liste reichte im Stadtparlament 2013 einen entsprechenden Vorstoss ein und SP-Nationalrätin Jacqueline Badran forderte: «Dieser Boden soll der Stadt gehören.» In der politischen Debatte der rotgrün dominierten Limmatstadt hatten diese Anliegen jedoch keine Chance: Die Stadtregierung wollte den Anteil der Industriezone in Oerlikon nicht noch weiter reduzieren. Das ehemalige Bührle-Areal sollte auch nach dem Wegzug von Rheinmetall in erster Linie industrieller und gewerblicher Nutzung vorbehalten bleiben, argumentierte damals der Vorsteher des Baudepartements, SP-Stadtrat André Odermatt.

Damit wurden für Rheinmetall als Besitzerin des Grundstücks die Gewinnaussichten bei einem allfälligen Verkauf drastisch geschmälert. Zudem erwies sich die Suche nach einem neuen Produktionsstandort für die Waffenschmiede offenbar als schwierig. Dies nicht zuletzt, weil das Areal zwischen der Birch- und Binzmühlestrasse für die Rheinmetall-Tochter Air Defence AG offenbar optimal gelegen ist: Wie ehemalige Untermieter anlässlich eines Informationsaustauschs erfahren hatten, profitiert die Air Defence AG für die Entwicklung ihrer militärischen Flugabwehrsysteme von ihrem Standort in der Anflugschneise zum Flughafen Zürich. Sie könnten vom Dach ihres Hauptsitzes aus kostengünstig «Tests an lebendigen Zielen» durchführen (gemeint sind Flugzeugbewegungen rund um den Flughafen Zürich-Kloten!), so die damalige Auskunft. Deshalb sei es schwierig, für die Firma einen neuen, gleichwertigen Standort zu finden.

Weil das 5,3 Hektaren grosse Grundstück mit seinen zahlreichen, noch aus der Bührle-Zeit stammenden Gebäuden für den Bedarf von Rheinmetall während Jahren viel zu gross war, vermietete der Konzern zahlreiche Produktions- und Büroräume, Ateliers und sogar ganze Hallen an Dritte. Eine willkommene Einnahmequelle für den Konzern, insbesondere während der Jahre, als die Nachfrage nach Rüstungsgütern im Keller war. So mietete etwa das Winterthurer Dienstleistungsunternehmen Optimo Services ab 2014 auf dem geschlossenen und gesicherten Areal von Rheinmetall in grossem Stil Lagerinfrastruktur und baute in Oerlikon einen neuen Standort auf. Ein weiterer grosser Mieter war das Startup Climevents, das sich auf das Absaugen von CO₂ aus der Luft spezialisiert hat und zeitweise bis zu 80 Personen auf dem Areal beschäftigte.

Nebst diesen Grossmietern gab es auch viele Kleinunternehmen, die von den grosszügigen Räumlichkeiten und vergleichsweise günstigen Mietzinsen profitierten. So war etwa im Gebäude beim Gustav-Ammann-Park nebst einer Reihe von Kleinstbetrieben auch die Stiftung Chance

untergebracht, ein gemeinnütziges Unternehmen für die berufliche und soziale Integration von Arbeitssuchenden. Die mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossene Lage mitten im Quartier war für diesen Zweck ideal gelegen. Umgekehrt haben deren Besucher:innen das Quartier und namentlich den idyllischen Gustav-Ammann-Park bereichert und belebt, so wie auch die Studierenden und Dozent:innen der Fachschule «Haus der Farbe», die während 20 Jahren bei Rheinmetall eingemietet war.

Aufrüstung in Oerlikon

Doch damit ist nun Schluss. Das machTheater Zürich ist aktuell der einzige aktuell noch verbliebene Mieter von Rheinmetall – alle anderen sind in den letzten zwei Jahren ausgezogen. Der Grund: Rheinmetall machte Eigenbedarf geltend. Wie die gesamte Rüstungsindustrie florieren und prosperieren auch die drei Schweizer Töchter des deutschen Rüstungsgiganten, weshalb nun am Hauptsitz in Zürich-Oerlikon massiv ausgebaut und aufgestockt wird. Die gewichtigste und profitabelste von ihnen ist die Air Defence AG, die laut Medienberichten bereits seit 2018 mit ihren modernen Flugabwehrgeräten «Skyshield» und «Skyguard» einen markanten Aufschwung erlebte. Seit Beginn des Ukraine-Kriegs und der von US-Präsident Trump bewirkten NATO-Aufrüstung hat Rheinmetall besonders gute Karten im Rüstungsbusiness. Auftragseingang, Gewinne und Aktienkurs gehen seither durch die Decke.

Der aktuelle Verkaufsschlager aus Zürich heisst «Skyranger». Die Hightech-Kriegsgeräte werden aber nicht nur mitten in Oerlikon produziert, Rheinmetall missbraucht – ganz in alter Bührle-Tradition – auch den Namen unseres Stadtteils als Label für ihren «Oerlikon Skyranger®». Anlässlich einer Promoveranstaltung im Herbst 2024, habe der «Skyranger 30», das jüngste Kind der «Skyranger-Familie» rundum Begeisterung ausgelöst, liess damals der Air-Defence-CEO Oliver Dürr gegenüber der NZZ verlauten. Viele Staaten seien interessiert und wollten bestellen: Als erstes habe Österreich einen Serienauftrag erteilt, gefolgt von Deutschland und Dänemark.

Aufgrund der Milliarden-Aufträge wurde die Produktion in Oerlikon hochgefahren und neues Personal eingestellt. Dies, weil bereits ab Ende 2025 Skyranger-Flugabwehr-Türme im Wochenrhythmus aus dem Werk in Zürich-Oerlikon ausgeliefert werden sollen. Bei einem Stückpreis von über einer halben Million Euro ein Riesengeschäft – das weiter ausgebaut wird. Der grösste Waffenproduzent in der Schweiz, der auch Munition und Sprengstoff produziert, will seinen Personalbestand mitten in der Stadt von heute 1200 noch einmal um mehrere hundert Leute aufstocken. Dafür Fortsetzung auf Seite 3

US-israelischer Krieg gegen den Iran

Gegen die imperialistische Aggression

Im Juni bombardierten Israel und die USA während zwölf Tagen den Iran. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg führte zu über tausend Todesopfern und schweren Schäden an der iranischen Infrastruktur. International solidarisierten sich viele Menschen mit den Opfern der Aggression. Ein Gespräch mit Hamid Shahrabi über die Stimmung in der iranischen Bevölkerung.

Von Marc Bebenroth

Seit 2005 arbeiten Sie im House of Latin America, kurz HOLA, in Teheran daran, die Solidarität mit den Völkern Kubas, Venezuelas und anderer Staaten jener Region zu befördern, die ständiger Aggression und Einmischung durch den US-Imperialismus ausgesetzt sind. Wie stark ist die Solidarität in die andere Richtung, seit das israelische und das US-Militär iranische Wohngebiete sowie Atomanlagen bombardiert haben?

Hamid Shahrabi: Während dieser jüngsten brutalen Bombardements standen Länder wie Kuba, Venezuela, Nicaragua und Bolivien fest an der Seite Irans. Regierungsvertreter aus Kuba und Venezuela sind sogar zusammen mit einfachen Bürgern auf die Strassen in Havanna und Caracas gegangen, um ihre Solidarität mit unserer Nation zum Ausdruck zu bringen.

Hierzulande sprachen Politiker von einer iranischen Bevölkerung, die die Führung satt habe und für Demokratie sowie Bürgerrechte kämpfen müsse – Stichwort «Regime-Change». Wie verbreitet ist diese Stimmung?

Angesichts ihrer miserablen Bilanz in Sachen Frieden und Menschenrechte fehlt europäischen Regierungen die moralische oder politische Autorität, dem Iran Ratschläge zu erteilen. Der deutsche Regierungschef behauptete sogar, Israel habe mit dem Angriff auf Iran auch Deutschlands Drecksarbeit erledigt! Ist das nicht ein klares Bei-

spiel für imperialistische Arroganz? Selbstverständlich haben wir Probleme. Aber wer hat das Recht, sich mit diesen Problemen zu befassen: das iranische Volk oder die Regierungen der USA und Europas, die oft die Ursache für unsere grössten Probleme – zum Beispiel die illegitimen und ungerechten Sanktionen – sind?

Wer sind die Menschen, die sich bei Ihnen engagieren?

Sie haben verschiedene politische Hintergründe. Während die meisten unserer Mitglieder junge revolutionäre Muslime sind, haben wir unter uns auch revolutionäre Sozialisten – mich selbst eingeschlossen. Die Leute bewundern die Widerstandsbewegungen in Lateinamerika. Sie halten Figuren wie Fidel Castro und Hugo Chávez in hohem Ansehen für deren unerschütterliche Hingabe für die internationale Solidarität mit unterdrückten Völkern.

Verteidigen Sie die Regierung und religiöse Führung oder bewahren Sie sich ihren eigenen, linken Standpunkt?

HOLA ist keiner bestimmten politischen Partei oder Fraktion in der vielfältigen politischen Landschaft Irans zugehörig. Meine persönliche Haltung, die von anderen geteilt wird, ist: Wir verteidigen die Islamische Republik Iran von ganzem Herzen gegen die imperialistische Aggression. Zugleich ist es unsere revolutionäre Pflicht, die neoliberale Politik zu kritisieren.

Stellen sich die Arbeiterorganisationen an die Seite der politisch-religiösen Spitze des Landes, oder kämpfen sie primär für bessere materielle Bedingungen?

Einerseits haben kämpferische Arbeiterverbände ihre Unterstützung für die Führung der Islamischen Republik zum Ausdruck gebracht, insbesondere im Zusammenhang mit der ausländischen Aggression seitens der USA und Israels. Diese Stimmung wird oft durch ein Gefühl des Nationalstolzes und der Einheit gegen äussere Bedrohungen genährt und führt zu grossen Demonstrationen, bei denen die Arbeiter öffentlich ihre Treue zum obersten Führer und den revolutionären Idealen bekräftigen.

Andererseits konzentrieren sich die iranischen Arbeiter auch immer mehr auf ihre Klasseninteressen und setzen sich für bessere Löhne, sichere Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen ein. Streiks und Proteste machen häufig auf wirtschaftliche Missstände aufmerksam, was darauf hindeutet, dass es zwar eine starke Strömung politischer Loyalität, aber auch eine dringende Forderung nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit innerhalb der Arbeiterschaft gibt.

Diese doppelte Ausrichtung verdeutlicht die Herausforderungen, mit denen die Arbeiter konfrontiert sind, wenn sie ihre Klasseninteressen mit breiteren politischen Narrativen in Einklang bringen wollen. Die Situation ist nach wie vor dynamisch, und es besteht ein ständiger Konflikt zwischen diesen beiden Aspekten der Arbeiterbewegung in Iran.

Hamid Shahrabi ist Mitbegründer und Koordinator des House of Latin America (HOLA) in der iranischen Hauptstadt Teheran.

Quelle: junge Welt.

Völkermord in Gaza

Eine katastrophale Situation

In Gaza wird Hunger als Waffe eingesetzt. Seit Ende Mai organisiert die israelische Besatzungsmacht eine minimale, militarisierte und demütigende Lebensmittelhilfe. Die hungrigen Zivilisten werden in unter militärischer Aufsicht stehende Verteilungszentren gelockt – ein tödlicher Fallstrick. Der Norden bleibt völlig isoliert. Weit davon entfernt, humanitäre Hilfe zu leisten, fördert dieses System Chaos und missachtet die menschliche Würde. Ein Bericht aus Gaza.

Von Ziad Medoukh

Seit dem 27. Mai 2025 hat die israelische Besatzung nach US-amerikanischen Druck die Einführung von Lebensmittelhilfe wieder zugelassen, jedoch in sehr begrenztem Umfang, in dem sie zwei kostenlose Verteilungszentren für Lebensmittel (hauptsächlich Mehl) zwischen Chan Yunis und Rafah, sowie im Zentrum des Gazastreifens eingerichtet hat. Dagegen erreicht die Hilfe die Stadt Gaza und den Norden nicht. Die Verteilungszentren der Hilfe werden von einem US-Unternehmen, aber unter Kontrolle der Besatzer, verwaltet. Die Bewohner des Südens müssen um 2 Uhr morgens aufstehen, um zu den Verteilungszentren zu gelangen, die um 8 Uhr öffnen. Sie bleiben bis Mittag geöffnet und wenn die hungrigen Bewohner ankommen, werden sie von Panzern, Drohnen und israelischen Soldaten empfangen, die auf sie schiessen.

Zur Erinnerung: Seit dem 2. März sind alle Übergänge nach Gaza geschlossen, die Blockade verstärkt, und es fahren keine Lastwagen mehr in das palästinensische Gebiet. Die Mehrheit der Menschen, die diese Zentren aufsuchen, sind hungrige Menschen, die nichts finden, weil die Produkte sehr, sehr teuer sind: Ein

Kilo Mehl kostet bis zu 60 Euro, ein Kilo Reis bis zu 80 Euro, ein Kilo Zucker bis zu 130 Euro.

Neben den Bewohnern gibt es auch Händler und bewaffnete Männer, die die kostenlos verteilten Lebensmittel aufkaufen. So müssen die Einwohner, die es schaffen, kostenlose Lebensmittel zu erhalten, diese oft zu einem niedrigen Preis an Spekulanten verkaufen.

Ein Sack Mehl kann für 100 Euro gekauft und dann von Händlern im Norden des Gazastreifens für 500 Euro weiter verkauft werden. Einigen älteren Menschen, Kindern und Frauen werden die erhaltenen Lebensmittel unter Androhung von Waffengewalt oder Schusswaffen weggenommen.

Sie wollen Chaos

Bevor diese Waffenruhe kam, gab es mehrere Verteilungszentren, die sehr gut und gerecht funktionierten und von der UNRWA, dem internationalen Lebensmittelhilfsprogramm und mehreren internationalen humanitären Organisationen verwaltet wurden. Die Betroffenen wurden per SMS über die Lieferungen informiert und erhielten die Lebensmittel gegen Vorlage ihres Ausweises. Aber die Besatzungskräfte, die Chaos wollen, haben

dieses gut funktionierende System völlig durcheinandergebracht.

Im Norden des Gazastreifens und in der Stadt Gaza, in der 1,4 Millionen Palästinenser leben, sind Lebensmittel nicht zu finden und extrem teuer. Es gibt Händler, die diese Hilfe abfangen, um sie im Norden zu verkaufen, und hungernde Einwohner, die die LKWs mit Lebensmitteln angreifen, bevor sie in den Depots und Läden der internationalen Organisationen ankommen.

Totale Ohnmacht

Stellen Sie sich vor, die Leute fallen auf der Strasse um. Oft sehe ich, wenn ich morgens losgehe, um Trinkwasser, Holz oder Nahrung zu suchen, junge Leute – ich meine nicht Kinder oder ältere Menschen, sondern junge Leute zwischen 20 und 25 Jahren –, die auf der Strasse zusammenbrechen, weil sie seit Tagen nichts gegessen haben. Bis Ende Juli 2025, sind 115 Palästinenser, darunter 85 Kinder, an Unterernährung gestorben.

Wie lange können wir das Unerträgliche noch ertragen? Wir sind immer noch da, wir versuchen, standhaft zu bleiben, aber zu viel ist zu viel.

Ich gehe jeden Tag auf den Markt und komme mit leeren Händen zurück. Das tut mir für die Kinder, für die Leute, die mit mir zusammenleben, weh. Jeder leidet. Die familiäre und soziale Solidarität, die in der von Palästinensern bewohnten Enklave, selbst wenn sie belagert wurde, immer ein starkes Element war, ist minimal geworden. Was mich betrifft, so halte ich manchmal zwei oder drei Tage ohne Essen aus. Ich gebe lieber ein Stück Brot an meine Kinder, anstatt es selbst zu essen. Wir sind in eine katastrophale Situation geraten.

Abends, wenn alle schlafen, weine ich, um meine Ohnmacht zu verbergen. Es ist die totale Qual. Ich frage mich immer, ob ich stur bin? Ob ich, weil ich mich geweigert habe, Gaza zu verlassen, heute die Konsequenzen dafür trage? Ich weiss es nicht. Aber es ist schwer, meine totale Verzweiflung, meine Handlungsunfähigkeit in diesem Inferno zu beschreiben, denn es ist totale Ohnmacht.

Ziad Medoukh ist Professor für Französisch und Sprachwissenschaftler an der Universität Al-Aqsa in Gaza. Die Universität wurde von den israelischen Streitkräften wie alle anderen Bildungseinrichtungen in dem palästinensischen Gebiet ins Visier genommen und zerstört. Medoukh hat sich dennoch entschieden, in Gaza zu bleiben.



«Hört endlich auf, Gaza auszuhungern!» Demonstration in New York. Quelle: zVg.

Fortsetzung von Seite 2

buhlt er aktuell mit lockenden Angeboten um Fachkräfte und Lehrlinge – wobei diese auch anderswo dringend gebraucht und wertschöpfender als für die Waffenproduktion eingesetzt werden könnten.

Das Nachsehen hat die Quartierbevölkerung: Ein Areal von mehr als 5 Hektaren Umfang an bester Lage bleibt nun auch in Zukunft eine «verbotene Stadt» – abgeriegelt vom öffentlichen Raum durch Mauern und Zäune, mit Videoüberwachung und patrouillierendem Sicherheitspersonal. Der öffentliche Gustav-Amman-Park, der Rheinmetall gehört, aber von Grünstadt Zürich betreut wird und für die Bevölkerung einst bis abends um 22 Uhr frei zugänglich war, wird neuerdings bereits um 18.30 Uhr zugesperrt.

Die an den Park angrenzende Betriebskantine soll als Folge der Personalaufstockungen ausgebaut werden. Künftig beansprucht der Konzern deshalb auch die Räume, wo das mach-Theater seit acht Jahren eingemietet ist. Der gemeinnützige Verein, der jungen Menschen mit Beeinträchtigung in den Bereichen Theater, Kommunikation und Gestaltung Ausbildung und Ar-

beitsplätze anbietet, würde sehr gerne bleiben. Die alternativen Räume, die ihnen Rheinmetall angeboten hat, setzen aber einen für den Verein nicht finanzierbaren Umbau voraus, sagt Urs Beeler, Co-Leiter des machTheaters. Dies, weil sie unter anderem nicht barrierefrei seien.

Risiko für das Umfeld

Statt der einst in Aussicht gestellten Befreiung von der Waffenschmiede und der Öffnung des Werkgeländes für alle, erlebt Oerlikon nun also die bedauerliche Rückeroberung durch die Rüstungsindustrie. Dies alles inmitten eines dicht bevölkerten Wohnquartiers, das weiterwachsen wird.

So hat sich der Immobilienriese Mobimo, nachdem das Grossprojekt einer Umnutzung des Gesamtperimeters gescheitert war, immerhin eine 11 000 Quadratmeter grosse Parzelle im südlichen Teil des Areals gesichert, das in einer viergeschossigen Wohnzone liegt. Nachdem der Immobilienkonzern den Boden für 70 Millionen CHF von Rheinmetall erworben hat, sollen dort nun 150 Miet- und Eigentumswohnungen gebaut werden. In unmittelbarer Nachbarschaft und mit Aussicht auf die angrenzende Waffenfabrik.

Dies ungeachtet des erheblichen Risikos, das der Standort einer strategisch bedeutsamen Rüstungsproduktion für deren Umfeld bedeutet. In Zürich weiss heute kaum jemand mehr, dass Oerlikon wegen seiner Waffenproduktion für die Achsenmächte während des Zweiten Weltkriegs von den Alliierten mehrfach bombardiert wurde. So rissen etwa in der Nacht vom 17. Mai 1943 Bomben unweit der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon und in unmittelbarer Nähe eines Wohnhauses einen riesigen Krater in den Boden.

Aus jüngster Vergangenheit wissen wir, dass die Zerstörung feindlicher Militärinfrastruktur und -produktion nach wie vor gängige Kriegspraxis ist – wie uns jüngst die Angriffe von Israel und den USA im Iran und umgekehrt, vom Iran in Israel gezeigt haben. Dass dabei sogenannte Kollateralschäden an Zivilist:innen nicht zu vermeiden sind, kennen wir auch aus der Ukraine und Russland. Wohnen rund um die Rheinmetall-Produktionshallen birgt also ein gewisses Risiko. Sollten denn die Russen eines Tages das Schweizerland aufröhlen, wie zurzeit von Aufrüstungsfanatikern gewarnt wird.



Friedensdemonstration in Zürich, September 2023. Quelle: zVg.

Umweltzerstörung

Krieg gegen die Biosphäre

Von der Bodenverschmutzung durch Bomben und chemische Waffen bis hin zu den ungeahnten Mengen an nicht erfasstem CO₂, die von der Rüstungsindustrie und den Konflikten selbst ausgestossen werden, zerstört der Krieg nicht nur Menschen, sondern auch die Biosphäre und alles Lebendige. Hinzu kommt das nicht rückgängig machbare Risiko eines nuklearen Flächenbrandes, der niemanden verschonen würde, egal wo er sich befindet.

Von Nadia Magnin

Kriege sind nicht nur eine der schlimmsten Formen der Gewalt und fordern zahlreiche Opfer, sie richten auch verheerende Schäden an der Umwelt an. Worin bestehen die schädlichen Auswirkungen auf unseren Planeten? Die Umwelt ist ein stilles und kollaterales Opfer von Kriegen und ihre Emissionsquellen sind noch immer besonders undurchsichtig. Die CO₂-Bilanz der Armeen lässt sich nicht genau bestimmen, vor allem, weil diese Daten im Namen unserer Sicherheitspolitik geheim gehalten werden.

Nach Schätzungen der Beobachtungsstelle für Konflikte und Umwelt sind die Armeen für mindestens 5,5 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Wären die Armeen der Welt eine Nation, stünde diese weltweit auf dem vierten Platz der Länder mit den höchsten Treibhausgasemissionen, hinter China, den USA, Indien und vor Russland. Kriege töten also nicht nur, sondern verschmutzen auch in hohem Masse.

Vielfältige Verschmutzung

Die CO₂-Emissionen sind jedoch nicht die einzigen Umweltschäden, die durch den Krieg verursacht werden. Die Verschmutzungen sind vielfältig: Sie resultieren hauptsächlich aus dem intensiven Einsatz von Waffen und führen zu einer erheblichen Verschmutzung von Böden, Gewässern und der Atmosphäre sowie zur Schädigung und Zerstörung von Ökosystemen und der Artenvielfalt. Mehr noch, es besteht die Gefahr schwerer Umweltschäden in Gebieten, in denen militärisches Material (Munition, Fahrzeuge) verwendet, zurückgelassen oder zerstört wurde. Diese militärischen Abfälle setzen Schwermetalle und organische Schadstoffe frei. Ausserdem ist der Verbleib dieser giftigen Kriegsrelikte in der Umwelt schwer zu messen, da militärische Abfälle nur sehr schwer abbaubar sind. Durch Bombenangriffe werden auch stark verschmutzende Materialien (Luftschadstoffe, Staub, Rauch) verteilt, die die Luft durchdringen und dann dauerhaft in Wasser und Boden gelangen.

Es sei auch daran erinnert, dass Mineralien (Lithium, Mangan, Kobalt) bei der Herstellung von Waffen verwendet werden und eine wichtige Ressource für den militärisch-industriellen Komplex darstellen: Unter an-

derem wird Lithium für den Antrieb von U-Booten und Kobalt für die Herstellung von Kampfflugzeugen wie der F-35 verwendet.

Atomwaffen: die grösste Bedrohung

Vor allem aber könnten Atomwaffen die grösste Bedrohung für die Umwelt darstellen, weshalb die atomare Abrüstung insbesondere für die Schweiz eine Priorität werden muss. Denn jeder Einsatz von Atomwaffen hätte absolut dramatische Folgen für unseren Planeten, würde ganze Landstriche verwüsten und die Umwelt dauerhaft schädigen. Die Explosion von Atomwaffen würde nicht zu einer Erwärmung, sondern zu einer Abkühlung der Erdtemperatur führen und uns in einen «nuklearen Winter» stürzen. Die Temperatur würde auf -20° C sinken und erst nach vielen Monaten wieder über den Gefrierpunkt ansteigen. Mangels Sonnenlicht würde die Photosynthese der Pflanzen unterbrochen und das gesamte Ökosystem auf der Erde zerstört.

Ausserdem wurde nachgewiesen, dass Kriege erhebliche Auswirkungen auf den Klimawandel haben und dass die Armeen nicht ausreichend daran arbeiten, ihren CO₂-Fussabdruck zu reduzieren, da der Militärssektor seit jeher ein von den Staaten vernachlässigter Bereich ist, wenn es um den Umweltschutz geht. Auch die Modernisierung der Kriegsführung wird sich zunehmend auf die Umwelt auswirken, da Armeen auf der ganzen Welt Waffen mit einem höheren Energieverbrauch entwickeln und einsetzen. Mit der Weiterentwicklung der Technologie werden die Armeen also immer mehr CO₂-Emissionen produzieren. So wird beispielsweise ein F-35-Flugzeug wesentlich mehr Treibstoff verbrauchen als ein F-16-Flugzeug; der Verbrauch steigt von 3000 pro Stunde auf etwa 7000 Liter.

Wie der Ökologe Ben Cramer feststellt, muss die Militarisierung der Welt als eine der Hauptursachen für die Zerstörung unserer Umwelt durch einen militärisch-industriellen Komplex betrachtet werden, der unsere lebenswichtigen Ressourcen abzwiegt, unsere Territorien in Besitz nimmt und unseren Geist militarisiert.

Quelle: Attac Schweiz

Neutralitätsinitiative

Gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Krieg

Vor Kurzem wurde ein linkes Komitee zur Unterstützung der Neutralitätsinitiative gegründet. Während die verschiedenen Kräfte im Komitee die Neutralität als Möglichkeit sehen, von Militärbündnissen wie der NATO unabhängig zu bleiben, lehnen andere Teile der Linken die Initiative ab und stärken damit die globale Vorherrschaft des Westens.

Von Timeo Antognini

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), der Partito Comunista, die Schweizerische Friedensbewegung sowie weitere Gruppen aus dem linken und friedenspolitischen Spektrum haben sich zur Unterstützung der Neutralitätsinitiative entschlossen. Durch ihre Ablehnung der westlichen Aussenpolitik, von Militärbündnissen und einseitigen (EU-)Sanktionen, sehen diese Parteien und Gruppen in der Initiative einen Fortschritt und in der Perspektive einer blockfreien Schweiz. Die Unterstützung gründet auf der Überzeugung, dass das internationale Recht, verkörpert durch die UNO, ins Zentrum gestellt werden muss, nicht weil die aktuelle UNO perfekt ist, sondern weil das unilaterale Vorgehen des Westens Hauptgrund für die gegenwärtigen internationalen Spannungen ist. Die PdAS schreibt in ihrer Stellungnahme: «Die Welt um uns herum ordnet sich neu. Das imperialistische Bündnis EU-USA bröckelt, während sich die aufstrebenden Länder eigenständig organisieren und über die BRICS+ sowie regionale Kooperationsinitiativen wie ALBA oder die Allianz der Sahel-Staaten ihren eigenen Weg in eine multipolare Welt einschlagen. Die PdAS setzt sich für eine international solidarische Schweiz ein, die Frieden und Zusammenarbeit fördert, anstatt Kriege und wirtschaftliche Herrschaft zu unterstützen.»

Widerstand von links

Widerstand gegen die Initiative kommt vom gesamten politischen Es-

tablishment (ausser der SVP), insbesondere von der SP, die die Initiative als «Pro-Putin-Initiative» bezeichnet hat. Dass sich die «imperiale Linke», wie sie der italienische Historiker Domenico Losurdo bezeichnen würde, gegen die Initiative stellt, ist wenig überraschend. Enttäuschend ist viel mehr, dass sich auch ein beträchtlicher Teil der radikalen Linken dem Unterfangen entgegenstellt.

Zuletzt erreichte uns von der Partei SolidaritéS, einer antikapitalistischen Partei aus der Romandie, eine direkte Kritik an der Position der PdAS zur Neutralitätsinitiative. Der Autor des Artikels (der in der Parteizeitschrift erschien) klagt einerseits über die Verbindung zwischen Neutralität und Schweizer Kapitalismus: «Ein imperialistisches Land, das sich an der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Plünderung der natürlichen Ressourcen anderer Länder beteiligt und seinen wirtschaftlichen und finanziellen Einfluss über den Grossteil des Planeten ausdehnt – kann ein solches Land als «neutral» betrachtet werden?» Natürlich stimmt es, dass viele Unternehmen vom Status der Neutralität profitieren; die Aufrechterhaltung der Neutralität (und des Schweizer Kapitalismus) steht jedoch nicht zur Debatte, sondern nur deren Auslegung. Zudem muss auch erwähnt werden, dass die Gesamtbevölkerung von der Neutralität profitiert, da sie dadurch von einer Integration in die NATO, von der Beteiligung an Kriegen und somit von der schlimmsten aller Ge-

fahren besser geschützt ist. Der Autor José Sanchez scheint zudem die PdAS anzuklagen, mit der Initiative die Aufrüstung der Schweiz zu befürworten. Er schreibt, dass die PdAS den «Kurs der SVP» mittragen würde, «ausserhalb der NATO zu bleiben und gleichzeitig die Militärausgaben zu erhöhen». Dies ist nicht der Fall. Die PdAS hat sich explizit für Abrüstung ausgesprochen und die Perspektive auf eine starke blockfreie Bewegung ist auch eine Hoffnung für internationale Abrüstung. Die Nicht-Beteiligung am Neuen Kalten Krieg, der von USA, EU und NATO vorangetrieben wird, ist ein klares Signal für friedliche Koexistenz und gegen Krieg.

Am Ende des Textes wirft der Autor der PdAS einen inkohärenten Antimperialismus vor. Diese würde sich nur gegen den westlichen Imperialismus, nicht aber gegen den russischen Imperialismus wenden. Zudem kritisiert er den Hinweis auf alternative Allianzen wie die BRICS, die «auch ihren Anteil an der Unterdrückung und Ausbeutung» der Arbeiterklasse hätten. Hier liegt wohl der Hauptunterschied in der Interpretation der internationalen Verhältnisse zwischen linken Befürwortern und Gegnern der Initiative.

Unter der Tarnkappe der Demokratie

Mit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die USA als einziger Hegemon in einer unipolaren Welt durchgesetzt. Die Folge war eine Politik der absoluten Dominanz auf Weltebene sowie die Idee der Überlegenheit von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft. Das sozialistische Lager, aber auch die «Dritte-Welt-Ideologie» waren besiegt, und die westliche Dominanz konnte sich nun überall frei verbreiten. Der liberale Internationalismus, also die Verbreitung der westlichen, liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft (wenn nötig mit Waffengewalt) wurde von Neokonservativen als Strategie zur Wahrung der Übermacht der USA begrüsst. Gleichzeitig gewann er auch links viele Unterstützer, die ihn als Weg zu einer friedlichen Welt betrachteten. Das «Friedensprojekt» des liberalen Internationalismus sieht in der allgemeinen Durchsetzung der liberalen Demokratie die Perspektive auf den «ewigen Frieden». Viele linke Unterstützer des liberalen Internationalismus scheinen nicht zu merken (oder bewusst zu ignorieren?), dass sie dadurch den Rücken der Neokonservativen stärken und gleichzeitig die imperiale Tradition des Westens und ihre «Zivilisierungsmission» weiterführen.

Der liberale Internationalismus führte zu einer breiten Allianz, der sich nicht nur mitte-links Parteien, Liberale und Neokonservative anschlossen, sondern sogar Teile der radikalen Linken und der Friedensbewegung. Jugoslawien war dabei der Startschuss der neuen Interventionspolitik des Westens. Tatsächlich wurde der NATO-Krieg in Jugoslawien von vielen Linken und Friedensgruppen als «humanitäre Intervention» gefeiert. Es folgten viele weitere Interventionskriege, dargestellt wurden sie aber immer als humanitäre Missionen oder sogar als Friedensprojekte.

Unter der Tarnkappe der Demokratie und des Friedens wurde das neokonservative Projekt vorangetrieben: jedes Aufkommen von autonomen Staaten, die sich der Hegemonie der USA widersetzen und nach einer unabhängigen Entwicklung strebten,



«Neutralität statt Sky Shield & EU-Kriegstruppe». Demonstration der österreichischen Friedensorganisation Solidarwerkstatt. Quelle: solidarwerkstatt.at

sollten gestoppt werden. Insbesondere die Länder des Globalen Südens sollten in neokolonialer Abhängigkeit gehalten werden, aber auch die ehemaligen sozialistischen Staaten gerieten ins Visier. So kam es neben der Zerstückelung Jugoslawiens auch zur forcierten Liberalisierung Russlands (Schocktherapie), das nun ebenfalls riskierte, in neokoloniale Abhängigkeit zu geraten.

Doch in Ländern wie Russland, China und anderen Staaten regte sich Widerstand. Während Putin nach seinem Amtsantritt das verarmende Russland stabilisierte und sich die wirtschaftliche Lage langsam verbessern konnte, führte das Wirtschaftswunder Chinas zu einem neuen Konkurrenten für die USA. Angesichts dieser neuen Konkurrenz und der Infragestellung der US-Hegemonie mobilisierten die USA ihre europäischen Verbündeten (man könnte sie auch Vasallen nennen) zum «Neuen Kalten Krieg» gegen diese Länder, die man nun als autokratische Achse darstellte, die die liberalen Demokratien des Westens bedrohten.

Dies wurde als Beweggrund für Militärinterventionen, Wirtschaftskrieg, Erpressung und Einmischungsversuche genommen. Im Falle Chinas und Russlands kommt eine militärische Einkreisung hinzu. Nun hat Russland mit dem Angriff auf die Ukraine tatsächlich selbst das Prinzip der friedlichen Koexistenz und der Souveränität der Ukraine gebrochen. Es handelt sich jedoch um einen Bruch des Völkerrechts, der eine direkte Konsequenz des westlichen Expansionsismus ist.

Die Linke verpasst es heute leider, den anticolonialen Kampf von Ländern wie Kuba, Venezuela, aber auch von China, Russland oder dem Iran anzuerkennen. In dem Sinne wäre es

Fatal, wenn man den anticolonialen Kampf dieser Länder, mit all ihren Fehlern und Widersprüchen, dem westlichen Imperialismus gleichsetzt. Ebenso sollte man BRICS und ähnliche Organisationen unterstützen, da sie vielen Ländern die Möglichkeit geben, sich unabhängig zu entwickeln und der westlichen Sanktionspolitik zu trotzen.

Linkes Ja zur Neutralitätsinitiative

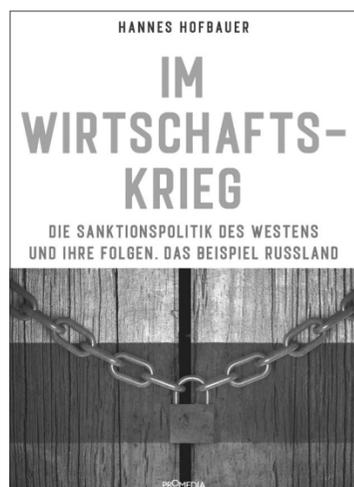
Kommen wir zurück zur Initiative. Die Unterstützung der Neutralitätsinitiative kann als ein Akt der Solidarität mit Ländern wie Venezuela oder Nicaragua angesehen werden, die unter willkürlichen, einseitigen Sanktionen der Schweiz leiden. Es ist auch eine Ablehnung des Neuen Kalten Krieges, indem man sich klar von Militärbündnissen wie der NATO distanziert. Und nicht zuletzt ist es auch eine klare Verurteilung des westlichen Imperialismus, der nicht nur den Globalen Süden in neokolonialer Abhängigkeit hält, sondern auch Hauptgrund für die neuen Konflikte mit China und Russland ist. Deshalb haben sich verschiedene Parteien und Organisationen (bisher PdAS, Partito Comunista, Schweizerische Friedensbewegung, Vereinigung Schweiz-Kuba, Front für Neutralität und Arbeit) dazu entschlossen, ein pazifistisches und antiimperialistisches Komitee zur Unterstützung der Initiative zu erstellen. Das Komitee soll in den nächsten Monaten offiziell lanciert werden und Argumente für ein linkes Publikum bereitstellen. Wir sind der Überzeugung, dass eine blockfreie Schweiz, die sich dem westlichen Imperialismus entgegenstellt, einen Beitrag zu einer friedlicheren und gerechteren Welt leisten kann.

Buchtipps

Hannes Hofbauer: Im Wirtschaftskrieg. Die Sanktionspolitik des Westens und ihre Folgen – Das Beispiel Russland. Promedia Verlag, Wien 2024, 256 Seiten.

Das Buch von Hannes Hofbauer ist ein umfassendes und sehr gut dokumentiertes Werk über Sanktionen, die der Autor zu Recht als «Wirtschaftskrieg» bezeichnet. Der Wirtschaftskrieg läuft oft vor oder neben dem «Schiesskrieg». Das Buch beschränkt sich nicht auf das Beispiel Russland, wie im Untertitel vermerkt; es ist eine umfassende Geschichte der Wirtschaftskriege Europas und der USA, deren Erfolge und Misserfolge und deren kreative Umgehung durch Betroffene. Das Buch geht auch ausführlich auf die Sanktionen gegen die Sowjetunion im 20. Jahrhundert und die Sanktionen gegen Kuba, Nordkorea, Jugoslawien, den Irak und Iran ein.

Mit über 500 Quellenangaben und einem ausführlichen Literaturverzeichnis kann es als faktenorientiertes Standardwerk zum Thema bezeichnet werden. Die herausragende Qualität des Buches zeigt sich auch in seiner gut lesbaren Sprache, in der unterhaltsamen und witzigen Darstellung der Widersprüche und Absurditäten der Sanktionen. Der Autor stellt klar und logisch das Leiden der betroffenen Menschen, die brutale Willkür und die völkerrechtliche Illegalität aller nicht von der UNO beschlossenen Wirtschaftskriege dar, die dem breiten Publikum als moralischer



Widerstand von «Demokratien» gegen «Autokratenregimes» vorgeführt werden, obschon es in Wirklichkeit immer nur um die Expansionswünsche westlicher Kapitalisten gegen Länder geht, die sich nicht dem US- oder EU-Imperialismus untergeordnet haben.

Das Buch ist nicht nur allen Friedensbewegten und allen, die sich mit Geschichte und Politik beschäftigen, allen Journalistinnen und Journalisten zu empfehlen, sondern besonders auch jenen simplen Gemütern im Schweizerischen Friedensrat (SFR) und in der Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), die im Ukrainekrieg einen «Kampf des Guten gegen das Böse» sehen. (Ueli Schlegel)

Bestellungen bei der Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel
Telefon: 061 261 02 89,
Mail: buecher-waser@bluewin.ch

Imagine

Von John Lennon

Stell dir vor, es gäbe kein Himmelreich,
Es ist ganz einfach,
wenn du es versuchst.
Keine Hölle unter uns,
über uns nur der Himmel.

Stell dir vor, alle Menschen leben nur für das «Heute».

Stell dir vor, es gäbe keine Länder,
es ist nicht schwer, das zu tun.
Nichts, wofür es sich lohnt zu töten
oder zu sterben,
und auch keine Religion.

Stell dir vor, alle Menschen, leben ihr Leben in Frieden.
Du wirst vielleicht sagen,

ich sei ein Träumer,
aber ich bin nicht der Einzige.
Ich hoffe, eines Tages wirst auch du einer von uns sein,
und die ganze Welt wird eins sein.

Stell dir vor, es gäbe keinen Besitz mehr.
Ich frage mich, ob du das kannst.
Keinen Grund für Gier oder Hunger,
Eine Menschheit in Brüderlichkeit.

Stell dir vor, alle Menschen teilen sich die ganze Welt.

Du wirst vielleicht sagen,
ich sei ein Träumer,
aber ich bin nicht der Einzige.
Ich hoffe, eines Tages wirst auch du einer von uns sein,
und die ganze Welt wird eins sein.

Schweizerische Friedensbewegung

Zur gesellschaftlichen Kraft werden

Die Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung wurde als eine Gelegenheit genutzt für den Austausch über die Frage «Frieden schaffen, aber wie?». Wir dokumentieren hier den Input zur Diskussion von SFB-Sekretär Tarek Idri. Darin werden Überlegungen aufgestellt, wie wir konkret in der Schweiz zum Frieden beitragen können und wie wir mit der Friedensbewegung weiterkommen.

Der Zweck der Friedensbewegung ist im Allgemeinen, Frieden zu schaffen, Kriege zu verhindern und laufende Kriege zu beenden. Es gibt verschiedene Auffassungen darüber, was Frieden bedeutet; es gibt religiöse Vorstellungen und solche, die sich auf den zwischenmenschlichen, individuellen Bereich beziehen. Ich denke aber, für uns ist vor allem eine Bedeutung relevant: nämlich Frieden als gesellschaftlicher Zustand, in dem es keine militärischen Konflikte gibt. Frieden ist *mindestens* die Abwesenheit von Krieg, die Abwesenheit von militärischen Auseinandersetzungen. Darauf können wir uns in der Friedensbewegung sicher alle einigen. Als Friedensbewegung ist es dieser Zustand ohne Krieg, auf den wir hinarbeiten.

Die grundsätzlichen Mittel der Friedensbewegung, um Frieden zu schaffen, sind in meinen Augen folgende: Erstens Abrüstung, also die Aufrüstung aufhalten und umkehren, die Vorbereitung auf den Krieg stoppen. Zum Abrüstungsprinzip gehört auch, die Produktion von Waffen und Kriegsmaterial zu reduzieren und letztlich einzustellen. Ebenso muss der Export und Handel mit Kriegsgütern international beendet werden. Als zweites zentrales Mittel betrachte ich die Diplomatie. Statt auf dem Schlachtfeld müssen Konflikte, insbesondere zwischenstaatliche Konflikte, am Verhandlungstisch ausgetragen werden. Es braucht die Stärkung von internationalen Strukturen und Institutionen wie der UNO und der OSZE, es braucht internationale Abkommen und Verträge zur Rüstungskontrolle und Rüstungseinschränkung. Drittens

muss die Völkerverständigung, die internationale Zusammenarbeit auf der Ebene der Bevölkerung gefördert werden. Dazu gehört der kulturelle Austausch der Völker und Nationen, die Aufklärung der Bevölkerung über den Krieg und seine Folgen, der Abbau von Feindbildern und Vorurteilen. Viertens gibt es keinen Frieden ohne soziale Gerechtigkeit. Die Wurzeln des Krieges müssen bekämpft werden. Armut, ökonomische und politische Ungleichheit, Unterdrückung und Unfreiheit führen zu Interessenskonflikten innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Staaten. Diese Interessenskonflikte werden immer wieder mit Gewalt ausgetragen.

Problemfelder der Friedensbewegung

Die gegenwärtige Lage auf der internationalen Ebene ist so unsicher und kritisch wie schon lange nicht mehr. Der Angriff von Israel auf den Iran war eine neue Eskalationsstufe. In dieser Situation ist es entscheidend, dass wir genau wissen, was wir als Friedensorganisation machen können, wo wir stehen und was unsere konkreten Möglichkeiten sind. Das nächste grössere Ziel der Schweizerischen Friedensbewegung muss sein, zu einer gesellschaftlichen Kraft zu werden, mit der man im Bundeshaus rechnen muss, eine gesellschaftliche Kraft, die wirklich etwas politisch verändern kann.

Im März hat sich der Vorstand und das Sekretariat der SFB getroffen für eine Diskussion über die Entwicklung der Friedensbewegung und die Strategie für die nächste Zeit. Was in



Gruppenbild der SFB-Lokalgruppe Bern an der Jahrestagung. Quelle: zVg.

den letzten Jahren erreicht wurde, ist, dass die Friedensbewegung vorwärts macht, dass die Mitgliederzahlen steigen und vor allem, dass wir aktiver und sichtbarer geworden sind. Das reicht natürlich noch nicht. Um eine gesellschaftliche Kraft zu werden, brauchen wir mehr Mitglieder, viel mehr Mitglieder und vor allem viel mehr *aktive* Mitglieder. Wir müssen eine stärkere Präsenz in den Regionen aufbauen und auch häufiger in den Medien wahrgenommen werden. Um in die Medien zu kommen, brauchen wir aus meiner Sicht mehr Leute, die die SFB kompetent in den Medien vertreten können. Ich habe vorhin die Aufklärung der Bevölkerung als eines der Mittel genannt, die den Frieden fördern. Das ist etwas, das wir als Bewegung für Frieden verstärkt machen müssen. Das wird gleichzeitig auch unsere Präsenz und Reichweite erhöhen und nicht zuletzt zu mehr Mitgliedern führen.

Ein Problem, das wir im Vorstand thematisiert haben, ist, dass wir zu wenig junge Menschen haben, die aktiv sind. Wie erreichen wir die Jugend? Wie begeistern wir sie für das Thema «Frieden»? Das ist die schwierige Frage. Eine Möglichkeit ist, die Präsenz der Friedensbewegung in den sozialen Medien zu erhöhen. Viele

Menschen der jüngeren Generation beziehen ihre Informationen aus den sozialen Medien und können potenziell über Instagram und Tiktok erreicht werden. Hier müssen wir verstärkt aktiv werden.

Der nächste Schritt

Die Durchführung von Stammtischen in den Regionen hat sich als erfolgreich herausgestellt. Die Stammtische sind ein guter Ort auf lokaler Ebene für den Austausch, für Diskussionen und für das gegenseitige Kennenlernen der Aktivist:innen. In Bern, Basel und Zürich haben sich die Stammtische etabliert; jetzt gilt es, wenn möglich, in weiteren Regionen Stammtische einzurichten. Bei den Stammtischen zeigte sich aber, dass es nicht ausreicht, bloss diesen Ort für Diskussionen zu haben. Hier müssen wir in der kommenden Zeit einen Schritt weitergehen und versuchen, die Aktivisten in den Regionen zu organisieren; damit wir nicht nur über Frieden *reden*, sondern damit wir auch wirklich etwas tun für den Frieden. Die Aktivisten in den verschiedenen Regionen könnten sich in eine Art Regionalvorstand zusammenschliessen und Verantwortung übernehmen für die Durchführung der Aktivitäten in der Region. Die Bildung von regio-

nen Vorständen; das ist ein konkreter nächster Schritt, den wir machen können, um die Friedensbewegung zu stärken.

Um zur Ausgangsfrage zurückzukommen: Wie schaffen wir Frieden? Nun, es ist wohl allen klar, dass das kein Spaziergang werden wird. Wir haben eine gewaltige Übermacht gegen uns: die herrschenden Parteien und Regierungen. Sie sind nicht ehrlich an Frieden interessiert. Auf unserer Seite steht jedoch, zumindest potenziell, die Mehrheit der Bevölkerung. Die einfachen Menschen wollen nicht für die Interessen der Herrschenden gegeneinander kämpfen und sterben, sie wollen in Frieden leben. Wir müssen diesen Wunsch der Menschen und Völker in eine reale gesellschaftliche Kraft umwandeln, indem wir die Bevölkerung organisieren und aufklären. Wir müssen zu den Menschen gehen, sie informieren, einbinden und mit ihnen für den Frieden kämpfen. Und was jedes einzelne Mitglied der SFB tun kann, ist, die Organisation in den Regionen stärken, sie an Bekannte empfehlen, bei Aktionen mitmachen, an den Stammtischen teilnehmen. Dadurch schaffen wir gemeinsam Schritt für Schritt den Frieden.

Jahrestagung der SFB

«Nachhaltig gewachsen»

Am Sonntag, 15. Juni führte die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) ihre Jahrestagung durch. Mit über 50 Teilnehmenden war die wichtigste Versammlung der SFB so gut besucht wie schon lange nicht mehr. Die Friedensaktivist:innen beschlossen, im September eine Weltfriedenswoche durchzuführen, und diskutierten über Wege, Frieden zu schaffen.

Das Sekretariat der SFB erstattete den Teilnehmenden der Jahrestagung Bericht über ihre Tätigkeiten im letzten Jahr und blickte zurück auf vergangene Aktionen und Veranstaltungen. «Wir sind gewachsen – Schritt für Schritt, aber nachhaltig. Das Engagement der letzten Jahre beginnt sich auszuzahlen», resümierte SFB-Sekretärin Julia Hoppe die Entwicklung der Friedensbewegung. Das Sekretariat wurde 2024 mit Ephraim Piatti erweitert und dadurch insbesondere im Bereich der Netzwerk- und Bewegungsarbeit gestärkt. Julia selbst verlässt Ende Juni das Sekretariats-Team, wird die SFB aber im Vorstand weiterhin tatkräftig unterstützen. Im letzten Jahr wurde die Petition «Nein zum Atomkrieg: Atomwaffen verbieten, jetzt!» mit 5000 Unterschriften beim Bundesrat eingereicht. Die Stammtische in Bern und Zürich haben sich gut entwickelt und sind zum festen Teil der Agenda der Friedensbewegung geworden. Die SFB hat den internationalen Tag des Friedens am 21. September wieder zum Anlass genommen, um in verschiedenen Städten der Schweiz aktiv zu werden.

Ziel war es, die Bevölkerung für das Thema Frieden zu sensibilisieren und auf die dramatischen Folgen von Krieg und Aufrüstung aufmerksam zu machen. Ein Highlight von 2024 war der Vortrag von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz «Russland – und wie weiter», an dem über 200 Gäste teilnahmen. Der Vortrag bot nicht nur Informationen und Analysen, sondern regte auch zur Diskussion und zum Hinterfragen gängiger Annahmen an. Im Redaktionsbericht blickte Tarek Idri auf die Ausgaben der Friedenszeitung «Unsere Welt» von 2024 zurück. Er konnte auf eine erfreuliche Entwicklung hinweisen: Seit dem letzten Jahr wurden unter der SFB-Mitgliedern mehrere zusätzliche Autor:innen gewonnen, die regelmässig Beiträge für die Zeitung schreiben.

Im Redaktionsbericht blickte Tarek Idri auf die Ausgaben der Friedenszeitung «Unsere Welt» von 2024 zurück. Er konnte auf eine erfreuliche Entwicklung hinweisen: Seit dem letzten Jahr wurden unter der SFB-Mitgliedern mehrere zusätzliche Autor:innen gewonnen, die regelmässig Beiträge für die Zeitung schreiben.

Weltfriedenswoche geplant

Die SFB-Versammlung beschloss, im September eine Weltfriedenswoche durchzuführen. Das Ziel ist, in der Woche des Weltfriedentags vom 21. September jeden Tag eine Aktion in einer anderen Ortschaft durchzuführen.

An der Jahrestagung wurde die Gelegenheit genutzt für den Austausch über die Frage «Frieden schaffen, aber wie?». Die Teilnehmenden diskutierten über Ideen und Vorschläge, wie wir hier in der Schweiz zum Frieden beitragen können. Im Input von SFB-Sekretär Tarek Idri wurde betont, dass das nächste grössere Ziel der Schweizerischen Friedensbewegung sein müsse, zu einer wirklichen gesellschaftlichen Kraft zu werden. Während der Diskussion wurde von mehreren Seiten der Vorschlag begrüsst, eine nationale Demonstration zu organisieren. Thema soll die NATO bzw. die Annäherung der Schweiz an die NATO sein, auch im Zusammenhang mit der Neutralität der Schweiz. Zur Vorbereitung der Demonstration wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu gründen.

Der Vorstand der SFB wurde wiedergewählt und mit Julia Hoppe erweitert. Auch die bisherigen Revisorinnen wurden einstimmig wiedergewählt. Die Jahresrechnung und das Budget wurden angenommen und dem Kassier die Decharge erteilt. Die Jahrestagung endete mit einem Apéro und der Möglichkeit, die Diskussionen und Gespräche unter den Friedensaktivist:innen fortzusetzen.

SFB-Sekretariat



Eindrücke von der SFB-Jahrestagung im Juni 2025.

Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach

Kaffeesatzlesen bei SRF

Das Treffen Putin-Trump in Alaska ist Geschichte. Die Ankündigung schlug hohe mediale Wellen und offenbarte so manche journalistische Geisteshaltung. Auch SRF berichtete.

Von Alva Noi

Es gibt journalistische Beiträge, die sind so schräg, dass sie ihr Erscheinungsdatum bei weitem überdauern. Mit einer Reportage im Echo der Zeit von Radio SRF bereitete Chefredaktor Fredy Gsteiger vor sechs Jahren seinen ZuhörerInnen ein Highlight. Es ging um den Einsatz des französischen Flugzeugträgers zur Wahrung der französischen Interessen in Übersee. Im Ukraine-Krieg doppelte er jetzt zum angekündigten Gespräch zwischen Trump und Putin nach: «Ein Gipfel, der viele irritiert.» Damals wie heute stellt sich nach dem Hören des Beitrags die Frage: «Schon mal etwas von geostrategischen Interessen gehört, Herr Chefredaktor?»

Zur Aktualität

Es ist vier Jahre her, seit sich ein US-Präsident mit seinem russischen Amtsträger zu direkten Gesprächen traf. Genf war im Jahre 2021 Schauplatz, Biden und Putin die Akteure. Seither veränderten Kriege die Welt grundlegend. Und jetzt wollen sich die Präsidenten der beiden stärksten

Armeen der Welt, nachdem seit dem Einmarsch der Russen in die Ukraine kaum Kontakt bestand, erneut treffen. Notabene auf US-amerikanischem Territorium. Dies allein wäre an sich eine gute Nachricht gewesen. Die Leitartikler in der deutschsprachigen Presse reagierten aber durchwegs mit Ablehnung, so auch SRF. Fredy Gsteiger im Echo der Zeit zum Treffen Trump-Putin: Die Übungsanlage beim Alaska-Gipfel würde offenkundig Russland und dessen Staatschef Wladimir Putin begünstigen.

Irritierende Begründung: Trump wolle Frieden, «Putin hingegen will im Grunde den Krieg gar nicht beenden. Bleibt der Gipfel ergebnislos, ist ihm das egal.» Dies soweit die Meinung von Fredy Gsteiger. Woher er wohl seine Weisheiten über Wladimir Putins Innenleben herleitet? Eine Begründung? Wir bewegen uns journalistisch auf dem Niveau des Kaffeesatzlesens. Und dann weiter: «Und alle wissen: Geht es um einen Frieden und die Sicherheit der Ukraine, geht es zugleich um die Sicherheit Euro-

pas.» Und da wären wir wieder bei den Floskeln: unsere Demokratie und unsere Werte würden in der Ukraine verteidigt.

Irritierende Perspektive

Doch es geht noch weiter. Im Entwurf einer möglichen Perspektive offenbart sich Gsteigers Denken. Eine ganz entscheidende Frage sei, welche Sicherheitsgarantien die Ukraine erhalten solle. «Die beste wäre eine NATO-Mitgliedschaft.» Ohne Sicherheitsgarantien könne Russland jederzeit erneut einen Feldzug gegen die Ukraine starten. Kein Gedanke darüber, dass Russland vor dem Einmarsch wiederholt das Gespräch mit dem Westen suchte, da seine Sicherheitsinteressen wegen der NATO-Osterweiterung tangiert wurden. Es ist aus russischer Perspektive ja genau das Problem, dass sich die NATO bis an die Grenze Russlands erweiterte und der Krieg nun Fakten schaffen soll, der eine weitere Ausdehnung der NATO in Richtung Russland zumindest im Falle der Ukraine verhindern soll. Glaubt Fredy Gsteiger wirklich, was er da schreibt?

Methoden der Manipulation

Im Jahr 2019 fand in Singapur die 18. Ausgabe der Shangri-La-Dialoge, einer jährlichen Konferenz für

Sicherheitspolitik in Asien, statt. Gleichzeitig legte nach mehrmonatigem Einsatz im Indischen Ozean der französische Flugzeugträger «Charles de Gaulle» im Marinehafen von Singapur an. Eine Attraktion für Journalisten, so auch für den SRF-Mann Fredy Gsteiger. In seinem Beitrag «Zehntausende Tonnen Diplomatie» schwärmte er vom schwimmenden Koloss, von der Einzigartigkeit dieses Flugzeugträgers, vom Stolz der französischen Marine, von der Revision dieses Schiffes mit den 400 Kilometer neu verlegten Kabeln und so weiter. Er war begeistert. Es gehe um Heimat in fremden Gewässern, um Abenteuer und um die Wahrung französischer Interessen in Übersee. Ich fragte mich bei jedem Satz: Wie kann einer, der so fasziniert ist von Technik, Waffen und Militär, wie kann jemand mit dieser Begeisterung für Waffentechnik die Legitimität der Durchsetzung geopolitischer Interessen mit eben dieser Waffengewalt hinterfragen? Es geht um Krieg, im schlimmsten Falle um Morden, Verstümmeln von Menschen und ums Traumatisieren.

Der Titel im Echo der Zeit «Zehntausende Tonnen Diplomatie» hob diesen Beitrag in den Olymp des ewig Schrägen. Mit dem Vorschlag, dass die Ukraine und damit auch die Region durch einen NATO-Beitritt sicherer werde, doppelt Gsteiger nun nach. Die Sicherheit ist und bleibt unteilbar. Dies gilt für die Ukraine im Konflikt mit Russland. Dies gilt aber auch für

Russland in der Auseinandersetzung mit den USA.

Wie Information zu Propaganda verkommt

Die Berichterstattung im Vorfeld des Gipfels in Alaska zeigte einmal mehr auf eindrückliche Art und Weise, wie einfach Propaganda funktionieren kann: Auslassen relevanter Tatsachen! Kein Wort von den Sicherheitsinteressen der Russen, die durch die NATO-Osterweiterung tangiert werden. Kein Wort davon, dass Russland im Konflikt mit der NATO steht. Und auch kein Wort davon, dass durch die Aufkündigung sämtlicher relevanten Militärverträge durch die Amerikaner die Sicherheitsarchitektur in Europa massiv in Schieflage geriet.

Geopolitik ist stets durch die Interessen von Nationen geleitet. Diese Interessen in der Berichterstattung nicht zu benennen, öffnet Tür und Tor für Spekulationen. Putin hat ein Interesse für Russland, ein Sicherheitsinteresse. Und dies schliesst eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO aus – so einfach.

Sicher, der Einmarsch der Russen in die Ukraine und den Hunderttausenden von Toten ist absolut zu verurteilen. Doch so zu tun, als hätte dieser Krieg keine Vorgeschichte, führt nur zur nächsten Fehleinschätzung: Putin wolle keinen Frieden. Und vor ein paar Jahren: ein Flugzeugträger sei Diplomatie. Ach, für wie dumm verkauft uns Leutschenbach!

Nie mehr Hiroshima, nie mehr Nagasaki

Der weltweite Kampf gegen die Atombombe

Am 19. März 1950 ging von Stockholm aus der Ruf an alle friedliebenden Menschen der Welt, einen Appell zu unterzeichnen, der «das absolute Verbot der Atomwaffe als einer Waffe des Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerung» forderte. Die etwa 150 Frauen und Männer, die diesen Aufruf in einem Stockholmer Kellerlokal verfasst hatten, waren die Repräsentanten einer noch jungen Bewegung, deren Anfänge auf das Jahr 1948 zurückgingen.

Von Hella Kaeselitz

Ende August 1948 hatten sich auf Vorschlag französischer und polnischer Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler im kriegszerstörten Wrocław Kultur- und Geistesschaffende unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Überzeugungen aus 46 Ländern versammelt. Sie berieten darüber, wie der ständig grösser werdenden Kriegsgefahr der Welt wirksam begegnet werden könnte.

Geburt der Weltfriedensbewegung

Die Teilnehmer des Wrocławer Kongresses appellierten in einem Manifest an alle Gleichgesinnten, zur Verteidigung des Friedens Landeskomitees zu schaffen und Landeskongresse abzuhalten sowie die internationalen Beziehungen zu pflegen und zu verbessern. Der Kongress bildete einen internationalen Verbindungsausschuss mit Sitz in Paris. Dieser übernahm die Aufgabe, Kontakte zwischen den nationalen Friedensbewegungen herzustellen, den Erfahrungsaustausch zu organisieren und die Schaffung nationaler Friedenskomitees zu fördern. Ende Februar 1949 schlug der Verbindungsausschuss gemeinsam mit der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) vor, im April 1949 einen Weltkongress der Friedensanhänger nach Paris einzuberufen. Am 20. April 1949 eröffnete der französische Atomphysiker und

Nobelpreisträger Frédéric Joliot-Curie im traditionsreichen Konzertsaal von Pleyel unter dem Symbol der von Pablo Picasso eigens für diese Veranstaltung geschaffenen Friedenstaube den ersten Weltkongress der Kämpfer für den Frieden. Angereist waren mehr als 2000 Delegierte aus 72 Ländern, die 600 Millionen Friedensanhänger vertraten. Einer grossen Anzahl von Delegierten war von den französischen Behörden die Einreise verweigert worden. Diese Delegierten fanden sich in Prag zu einem vorher nicht geplanten Parallelkongress zusammen, der sich zum festen Bestandteil des Pariser Kongresses erklärte, die gleichen Beratungen durchführte und die gleichen Dokumente beschloss.

Der Kongress trat in einer internationalen brisanten Situation zusammen: In Washington war der aggressive Nordatlantikkpaktvertrag unterzeichnet worden. In Bonn liefen die Vorbereitungen zur Gründung eines deutschen Separatstaates auf Hochtouren. Frankreich führte seit Jahren vertragsbrüchig einen grausamen Kolonialkrieg in Indochina, Grossbritannien einen Unterdrückungsfeldzug gegen das malaysische Volk. In Griechenland setzten Patrioten der Reaktion verzweifelten Widerstand entgegen. In den entwickelten kapitalistischen Ländern waren die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte im Zuge des Kalten Krieges und unter US-amerikanischem Druck in die Defensive gedrängt worden. Umso stärker war der Wille der in Paris und Prag Versammelten, einen Ausweg aus der gespannten internationalen Lage zu zeigen.

Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg erging von einem internationalen Kongress laut und vernehmlich der Ruf nach Erhaltung und Festigung des Friedens. «Irgend einem Volk allein ist es unmöglich, sich vor dem Krieg zu schützen», erklärte Joliot-Curie in seiner Eröffnungssprache. «Nur die gemeinsamen Aktionen der Völker aller Länder werden es möglich machen, dieses Ziel zu erreichen. Jeder einzelne der Millionen Menschen, denen der Krieg droht, muss sich davon überzeugen, dass das Problem von Krieg und Frieden sein persönliches Problem ist, dass es ihn unmittelbar angeht und dass er ihm nicht ausweichen kann.»

Gegen Rassenhass und Kriegshetze

Der Kongress forderte das Verbot der Atombombe, die Reduzierung der Streitkräfte der Grossmächte und die Senkung der Militärausgaben. Es verurteilte die Kriegshysterie und das Predigen von Rassenhass und Feindschaft zwischen den Völkern. Als wichtigste Voraussetzung für Frieden und Freiheit bezeichnete das Manifest die nationale Unabhängigkeit der Völker und das friedliche Zusammenwirken der Grossmächte entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.

Der erste Weltfriedenskongress schuf ein ständiges Komitee, den späteren Weltfriedensrat, das als leitendes und koordinierendes Organ der Weltfriedensbewegung fungieren sollte. Zum Präsidenten des Weltfriedenskomitees wurde Frédéric Joliot-Curie gewählt, Vizepräsidenten wurden unter anderen John Bernal, Pietro Nenni und die Präsidentin der IDFF, Eugénie Cotton. Das Weltfriedenskomitee bildete die organisatorische Basis der Weltfriedensbewegung und stützte sich in seiner praktischen Arbeit auf die bestehenden oder entstehenden nationalen Friedenskomitees in den einzelnen Ländern. Seit jenen



Aktionen der SFB-Lokalgruppen in Bern (oben) und Zürich (unten) am 6. August 2025 in Erinnerung an Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki vor 80 Jahren.

Apriltagen des Jahres 1949 nahm die Weltfriedensbewegung einen enormen Aufschwung. Bis zum Oktober 1949 gab es bereits in 46 Ländern nationale Friedenskomitees.

Stockholmer Appell

Ein neues Kapitel in der Weltfriedensbewegung wurde mit der Verabschiedung des Stockholmer Appells am 19. März 1950 eingeleitet. Zum ersten Mal ging es darum, Millionen von Menschen direkt anzusprechen, sie wach zu rütteln, an ihr humanistisches Gewissen zu appellieren, jeden einzelnen zu bewegen, durch seine Unterschrift ein Bekenntnis zum Frieden, zum Verbot der Atombombe abzugeben. Die Mitglieder des Weltfriedenskomitees waren sich darüber im Klaren, dass vom Ergebnis dieser weltweiten Aktion vieles abhängen

würde. Alle Erwartungen wurden weit übertroffen. «Ein Wunder trat ein», schrieb Ilja Ehrenburg. «Der Appell, den wir im Keller eines Stockholmer Restaurants angenommen hatten, flog um die Welt.»

Der Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950 und die bewaffnete Intervention der USA in Korea führten zu einer wachsenden Beteiligung an der Unterschriftensammlung für den Stockholmer Appell. Viele Menschen, die vorher die Kriegsgefahr unterschätzt hatten, erklärten sich nun bereit, den Appell zu unterzeichnen; bis Ende 1950 waren es über 500 Millionen. Viele kamen zum ersten Mal mit der Friedensbewegung in Berührung.

Aus: Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte, Dietz Verlag Berlin 1989. Kürzung: UW.

Kriegsvorbereitung

Die Ostsee – Meer des Krieges?

Die Hochrüstung in allen Staaten um die Ostsee wird intensiviert, die Militärmanöver der NATO an der Ostsee zwischen Deutschland, den skandinavischen und baltischen Staaten und Polen häufen sich. Schiffe, die für Russland fahren und russische Waren transportieren, werden immer öfter aufgehalten. Der Vertrag über die Wiedervereinigung Deutschlands, der sogenannte 2+4-Vertrag, wird laufend verletzt, indem auf ostdeutschem Gebiet immer mehr NATO-Militärtechnik stationiert wird. Es kann nicht mehr ausgeschlossen werden, dass da Provokationen im Gange sind, verbunden mit der Hoffnung, dass eine all-fällige Reaktion Russlands propagandistisch als Angriff auf einen NATO-Staat dargestellt werden könnte – nach einem aus NATO-Sicht bewährten Muster der Kriegsvorbereitung.

Von Ueli Schlegel

Die Verbindung über die Ostsee ist schon seit langer Zeit eine wichtige Handelsroute. Im Mittelalter und danach in der frühen Neuzeit waren erst Schiffe der Wikinger und dann der Hanse unterwegs. Im Dreissig-jährigen Krieg 1618 bis 1648 versuchte die Grossmacht Schweden, nach Osten zu expandieren, in den Nordischen Kriegen zwischen 1554 und 1721 waren die Antipoden meistens Schweden auf der einen und Russland auf der anderen Seite, je mit wechselnden Staaten verbündet. St. Petersburg wurde 1703 von Zar Peter dem Grossen auf einem Sumpf nahe dem Meer am Ostende des finnischen Meerbusens gegründet, um Russland wieder Zugang zur Ostsee zu gewähren. Im Ersten und Zweiten Weltkrieg tobten in der Ostsee heftige Kämpfe zwischen Kriegsschiffen und U-Booten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg setzte im Kalten Krieg eine Phase ohne bedeutende militärische Konflikte ein.

Das Gleichgewicht änderte sich wiederum, als zwischen 1988 und 1990 die Sowjetunion aufgelöst wurde und die drei baltischen Republiken Estland, Litauen und Lettland sich für unabhängig erklärten. Mit dem NATO-Beitritt Polens (1999) und der drei baltischen Staaten (2004) entgegen dem Versprechen der westlichen Mächte gegenüber dem sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow kippte es vollends. Als Finnland 2023 und Schweden 2024 noch von der militärischen Neutralität zum Kriegsbündnis NATO wechselten, wurde Russland von der NATO am Ostzipfel der Ostsee eingeklemmt.

Die sogenannte Suwalki-Lücke

Zwischen der russischen Exklave Kaliningrad an der Ostsee und Belarus liegt die «Suwalki-Lücke» oder der «Suwalki-Korridor»; das ist die in der Luftlinie etwa 65 km lange Grenze zwischen Polen und Litauen, die sich von Belarus bis zum russischen Ostseegebiet Kaliningrad erstreckt. Angeblich ist die NATO hier sehr verletzlich, eben weil die Breite dieser Verbindung zwischen den NATO-Staaten Polen und Litauen «nur» 65 km beträgt. Das ist übrigens mehr als die Länge des Kantons Zürich von Norden nach Süden. In Tat und Wahrheit ist hier umgekehrt in krasser Weise nicht die NATO, sondern Russland verletzlich, denn die einzige ein paar Meter breite Bahnlinie zwischen dem Hauptgebiet Russlands und Kaliningrad führt durch Belarus und Litauen und könnte somit von der NATO in Litauen mit einer Bombe oder Blockade problemlos unterbrochen werden. Das gleiche gilt für die Strassenverbindung zwischen dem russischen Kernland und der Exklave Kaliningrad, die ebenfalls durch Belarus und Litauen verläuft.

U-Boote vor Schweden

Das Recht der friedlichen Durchfahrt auch in Küstengebieten sichert seit dem 17. Jahrhundert, als es macht-

politisch international durchgesetzt wurde, die «Freiheit der Meere». Das heisst, die Freiheit der friedlichen Durchfahrt durch die offene See ist für alle gewährleistet. 1958 und 1982 wurde die freie und zügige Durchfahrt entlang der Küsten im UNO-Seerechtsabkommen genau umschrieben. Das betrifft auch Kriegsschiffe und U-Boote, solange sie sich keine Aggressionen zuschulden lassen kommen.

Zwischen 1962 und 2014 wurden vor Schweden immer wieder U-Boote geortet. Einige Meldungen der schwedischen Marine deuteten auf sowjetische beziehungsweise russische U-Boote hin, andere Meldungen stellten sich als Falschmeldungen heraus, weil es gar keine U-Boote waren, wieder andere Medienmitteilungen wurden später revidiert, weil es sich um U-Boote anderer Staaten handelte. Böse Zungen behaupteten damals, die Schweden fänden unter jedem Kanalisationsschachtdeckel ein U-Boot. So oder so führten diese vermeintlichen oder echten Ortungen sowjetischer beziehungsweise russischer U-Boote, die entweder nur durchfahren oder sich mit dem international durchaus üblichen Ausspionieren oder Kartografieren der Küste beschäftigten, zu einer gewollten Verängstigung der schwedischen Bevölkerung und dienten als einer von verschiedenen Propagandamosaiksteinen der von langer Hand vorbereiteten NATO-Beitrittskampagne des vormals militärisch neutralen Landes.

Die russische «Schattenflotte»

«Schattenflotte» – das tönt bedrohlich, es klingt so, als ob marode Schiffe im Schatten der Nacht bei Neumond illegale Aktionen durchführen würden. Gemeint ist, dass fremde Schiffe sanktionierte Waren transportierten. Nun muss aber wieder einmal darauf hingewiesen werden, dass sich nur gut ein Fünftel aller Staaten an den notabene völkerrechtswidrigen US- und EU-Sanktionen gegen Russland beteiligt; für alle anderen Staaten ist der Handel mit Russland völlig legal, z.B. von St. Petersburg oder Kaliningrad aus.

«Schattenflotte» suggeriert im Weiteren, dass die Schiffe nicht im Eigentum Russlands stünden und in schlechtem Zustand seien. Auch das ist einseitige Propaganda – in Wirklichkeit fahren weltweit 77 Prozent aller Schiffe unter fremder Flagge; Panama, Liberia, die Bahamas, Antigua und Barbados sind die Staaten, in denen die meisten Schiffe registriert sind. Von der gesamten deutschen Handelsflotte fahren sogar 92 Prozent einfach deshalb nicht unter deutscher Flagge, weil es anders billiger ist.

NATO-Staaten kapern Handelsschiffe

Vermehrt kapern NATO-Staaten Handelsschiffe, die in der Ostsee nach oder von Russland aus unterwegs sind. Bei diesen Aktionen zeigen vor allem Estland und Finnland, aber auch



Karte der Ostsee und der Anrainerstaaten. Quelle: Wikimedia.

Dänemark und Schweden besonderen Eifer. Dabei werden diese Schiffe von der Küstenwache des jeweiligen Staates gezwungen, abzudrehen und im Hafen des kapernenden Staates zu landen, wo sie oft mehrere Tage lang festgehalten und untersucht werden. Es handelt sich hier meistens nicht um havarierte Schiffe; somit fehlt jede Rechtsgrundlage für die erzwungene Abkehr von der direkten Route der Handelsschiffe, das heisst, das Kapern und Entern steht im Widerspruch zum Völker- und zum Seerecht und ist kriminell – ein Akt der Meerespiraterie. Das gilt auch, wenn die Schiffe in der 12-Meilen-Zone entlang der Küsten unterwegs sind, in der sie das Recht auf unbehinderte Durchfahrt haben. Der kürzeste Abstand zwischen Finnland und Estland beträgt übrigens nur 55 km – die Strecke wurde von einem estnischen Sportler in 19 Stunden durchschwommen.

Sogar in den wenigen Fällen, als Schiffe angeblich oder wirklich, absichtlich oder unabsichtlich in der seichten Ostsee mit Ankern Unterwasser-Datenkabel beschädigt haben sollen, ist das Kapern und Abschleppen unverhältnismässig, solange nicht nachgewiesen ist, dass der Kapitän des Schiffes in böser Absicht gehandelt hat. Für solche Fälle haben die Schiffe eine Versicherung. Ein bekannter Fall ist das chinesische Schiff Yi Peng 3, das vier Wochen lang im Kattegat, der Meeresenge zwischen Dänemark und Schweden festgehalten wurde, obschon es in internationalen Gewässern und nicht in der 12-Meilen-Zone unterwegs war. Schäden an den meistens mehrfach verlegten Unterwasser-Datenkabeln sind ohnehin sehr häufig, jedoch viel leichter reparierbar als Schäden an einer Pipeline wie beispielsweise Nord Stream 2, die eindeutig mit voller Absicht und mit grosser Gewalt zerstört worden ist, ohne dass es bisher auch nur zu einer ernsthaften Untersuchung geschweige denn zu einer Anklage gegen die Terroristen gekommen wäre (wenn Russland der Täter gewesen wäre, wäre es vom Westen schon längst verurteilt worden).

Ein anderer, dokumentierter Fall war das unter gabunischer Flagge segelnde Tankschiff Jaguar, das von Indien kommend Richtung Petersburg unterwegs war und in internationalen Gewässern, also ausserhalb der 12-Meilen-Zone, zuerst von einem estnischen Boot gerammt und dann von Flugzeugen und Militärhelikoptern bedroht wurde, bis ihm ein russisches Militärflugzeug zu Hilfe kam und es seine geplante Route fortsetzen konnte. Deutschland seinerseits schleppte den Tanker Eventin, der manövrierfähig war, sich jedoch ebenfalls in internationalen Gewäs-

sern befand, nach Rügen und konfiszierte ihn.

Solche und ähnliche Fälle häufen sich. Russland blockierte und kontrollierte den griechischen, unter libianischer Flagge segelnden Öltanker Green Admire einige Tage vor seiner Insel Hogland zwischen Estland und Finnland, um eine Busse einzutreiben. Kontrollen allein sind jedoch gemäss internationalem Recht in der 12-Seemeilen-Zone zulässig.

Das wiederholte Kapern der Handelsschiffe ist eine reine Machtdemonstration und eine Provokation, ein weiterer Mosaikstein in der Eskalationsstrategie der NATO, die damit das Recht des Stärkeren durchsetzen will. Mindestens sechs Tankschiffe, die russisches Öl transportierten, wurden darüber hinaus in der ersten Jahreshälfte 2025 von Gegnern Russlands absichtlich beschädigt, mutmasslich mit Haftminen.

Aufrüstung und Militärmanöver

Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sind Musterschüler der NATO. Dazu passt auch, dass diese Staaten sowie Finnland aus dem Vertrag über Landminen (Anti-Personenminen) ausgetreten sind. Lettland hat das NATO-Ziel, fünf Prozent seines Bruttoinlandproduktes für das Militär zu verschwenden, bereits erreicht, Litauen und Polen fast. Lettland ehrt immer wieder SS-Veteranen. Deutschland schiebt Soldaten, unter anderem eine Panzerbrigade, nach Litauen, einen Teil davon nach Nemenčinė; sie werden zwei Kilometer von dem Ort stationiert, in dem die Nazis alle Juden des Dorfes ermordet hatten (die Nazis töteten 1941 in Litauen in kürzester

Zeit 100 000 jüdische Menschen). Seit 2017 sind deutsche Soldaten in Litauen stationiert, sie errichteten inzwischen einen ersten dauerhaften deutschen Militärstützpunkt im Ausland – in einem Gebiet, in dem Deutschland einst seinen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion führte.

Jedes Jahr findet ein Manöver der NATO in der Ostsee statt, seit 1971. Damals schickten die USA den Flugzeugträger Intrepid und drei Zerstörer in die Ostsee; die drei Schiffe näherten sich der sowjetischen Küste bis auf 36 Kilometer. Ein Jahr später begannen die jährlichen Manöver, heute BALTOPS genannt. 2025 waren 17 NATO-Mitgliedstaaten dabei, eingeladen nach wie vor vom Kommandanten der 6. US-Flotte und US-Marinebefehlshaber Europa/Afrika. Dieses Jahr nahmen 9 000 Soldaten teil, letzte Jahr waren es 7 000. Über 50 Militärschiffe, ferner 25 Flugzeuge und Helikopter wurden eingesetzt.

2025 fand auch das bedeutende Manöver Griffin Lightning 2025 im Baltikum (hauptsächlich in Litauen) und in Polen mit rund 8 000 Soldaten und 1 000 Fahrzeugen statt.

Ende August bis Mitte September 2025 läuft das Manöver Quadriga mit 8 000 deutschen Soldaten in Deutschland, Litauen, Finnland und auf der Ostsee.

Wir sehen, dass die NATO, wie immer seit ihren Anfängen, auf Aufrüstung und nicht auf Diplomatie setzt. Bertolt Brecht sagte 1953: «Werden wir Krieg haben? Wenn wir zum Krieg rüsten, werden wir Krieg haben.» Es liegt an allen Friedensbewegten, die Weichen richtig zu stellen, und den «Meistern der Kriege» (Bob Dylan) das Handwerk zu legen.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

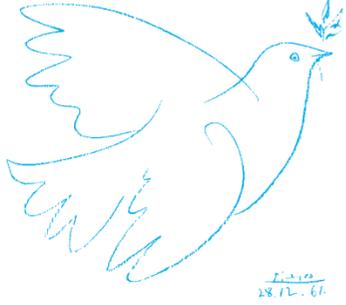
Strasse: _____ Mail: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
Telefon: 061/681 03 63
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
Redaktion: Stefano Araújo, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Ruedi Moser, Ephraim Piatti, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 4000
Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie Mitglied der Friedensbewegung werden, uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

Acht Thesen zur NATO

«Ihre Weltordnung führt uns in den Abgrund»

Peter Mertens, Generalsekretär der linken Partei der Arbeit Belgiens (PVDA-PTB), hielt im Juni eine eindrückliche Rede auf dem Internationalen Friedensforum in Brüssel, welches am Vorabend des NATO-Gipfels in Den Haag durchgeführt wurde. In acht prägnanten Thesen untersuchte er die Rolle der NATO bei der weltweiten Militarisierung und rief Europa dazu auf, sich für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Souveränität statt für Krieg und Unterordnung unter die US-Strategie einzusetzen.

1. Wer sich weigert, die USA und Israel zu verurteilen, hat jegliche Glaubwürdigkeit verloren.

Im März 2003 begann eine sogenannte Koalition der Willigen, angeführt von den Vereinigten Staaten, einen illegalen Krieg gegen den Irak. Es gab keine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates, und der Krieg wurde mit drei Hauptargumenten gerechtfertigt: dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze, dass er eine Bedrohung für die globale Sicherheit darstelle und dass ein Regimewechsel für alle von Vorteil wäre.

Keines dieser drei Argumente stellte sich als wahr heraus. Es gab keine Massenvernichtungswaffen, keine wirkliche Bedrohung, und nach der Invasion wurde der Irak zu einem Nährboden für Gewalt. Die Welt wurde nicht sicherer, sondern gefährlicher. Was heute in Bezug auf den Iran passiert, scheint eine Kopie desselben Vorgehens zu sein. Wieder werden dieselben drei Argumente genutzt: dass der Iran kurz davor stehe, Atomwaffen zu erlangen, dass er eine Bedrohung für die globale Sicherheit darstelle und dass ein neues, von Washington unterstütztes Marionettenregime für alle besser wäre.

Dies ist eine Pentagon-Strategie aus dem Lehrbuch. Erneut gibt es keine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates. Das bedeutet, die Handlungen der Vereinigten Staaten und Israels verstossen gegen das Völkerrecht und stellen nach internationalem Recht einen illegalen Angriffskrieg dar.

Die Nuklearanlagen des Iran sind legal und werden weiterhin von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) überwacht. Der Iran trat der IAEA 1958, kurz nach deren Gründung, bei und hält sich seither an deren Richtlinien für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Trotz des starken Drucks aus Washington, hat die IAEA nie festgestellt, dass der Iran die Regeln verletzt oder Atomwaffen besitzt.

Mit dem Angriff auf den Iran sandte Trump eine Botschaft an die Welt: dass es akzeptabel sei, einen illegalen Angriffskrieg zu beginnen, und dass es akzeptabel sei, Atomanlagen zu bombardieren. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das diese ungeheuerlichen und illegalen Handlungen nicht scharf verurteilt, stellt Trump einen Blankoscheck aus, um weiterzumachen.

Umgekehrt ist Israel die einzige Atommacht in der Region, es ist Israel, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat und keine Inspektionen internationaler Gremien zulässt. Es ist Israel, das Völkermord

an der Bevölkerung Gazas begeht, den Libanon und den Jemen bombardiert und Teile Syriens besetzt. Und dennoch gibt es weiterhin keine Sanktionen gegen Israel.

Am Vorabend des NATO-Gipfels ist eines klar: Die USA und Israel bringen nur noch mehr Krieg und Instabilität. Wer sich weigert, die USA und Israel zu verurteilen, hat jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Es ist an der Zeit, dass Europa diesem Wahnsinn ein Nein entgegengesetzt, anstatt Trump wie ein Schosshund hinterherzulaufen.

2. Das 5%-Ziel ist das Ziel von Trump.

Seit Anfang dieses Jahres reden plötzlich alle von 5 Prozent. 5 Prozent Ausgaben für die NATO. Das ist inzwischen eine heilige Kuh – aber woher kommt diese Kuh? Diese heilige Kuh kommt aus Washington. Es war Trump selbst, der diese Zahl in die Welt gesetzt hat und sie allen NATO-Mitgliedsstaaten aufzwingen will. Und plötzlich plappert die ganze Welt ihm nach: es muss und soll 5 Prozent sein. Die Frage ist: warum will Trump das? Erstens: weil das ganze Geld hauptsächlich in den Kauf US-amerikanischer Waffen fliesst. Zweitens, und grundlegender: Trump will, dass Europa zahlt, damit sich die USA auf China konzentrieren können.

Trumps bester Nachplapperer ist Mark Rutte, jetzt NATO-Generalsekretär: «Wir geben mehr aus, damit die USA sich zum Beispiel dem Indopazifik zuwenden können.»

«Zum Beispiel», sagt Mark Rutte. Nein, nicht «zum Beispiel», Herr Rutte. Das ist kein «zum Beispiel», das ist der Kern der Sache. Die Europäer sollen Milliarden extra zahlen, damit die USA sich auf ihre eigene geopolitische Agenda gegen China im Indopazifik konzentrieren können. Das bedeutet: die militärische Einkreisung Chinas. Die NATO ist ein Instrument der US-Machtpolitik – und wir dürfen die Rechnung bezahlen.

3. Trump spielt Europa und Asien gegeneinander aus.

Und es geht noch weiter. Zuerst überzeugt Trump Europa, 5 Prozent des BIP für Waffen auszugeben. Dann sagt Amerika zu den Ländern in Asien: Schaut, Europa macht es – jetzt ihr auch! Der ehemalige stellvertretende US-Verteidigungsminister Elbridge Colby schrieb auf X: «Asiatische Verbündete müssen sich Europa zum Vorbild nehmen. Sogar Deutschland gibt jetzt 5% für Verteidigung aus.»

Also: Liebe Australier, Neuseeländer, Japaner und Filipinos: Macht es wie Europa und gebt ebenfalls 5% aus.

Und wo wird man all diese Waffen kaufen? Ach ja, hauptsächlich in der Rüstungsindustrie der USA. Wir werden schlicht betrogen, während wir zuschauen. Europa wird gegen Asien ausgespielt. Und umgekehrt. In der Zwischenzeit gewinnt die US-Rüstungsindustrie auf allen Seiten.

4. Das NATO-Ziel ist keine Verpflichtung.

Das 2%- oder 5%-Ziel ist absolut nicht bindend. Das sogenannte NATO-Ziel hat keinerlei rechtlichen oder vertraglichen Charakter. Sie ist nicht bindend. Man kann diese Norm rechtlich nicht durchsetzen. Das Ziel ist eine politische Vereinbarung, keine rechtliche Verpflichtung. Die Mitgliedsstaaten bleiben souverän und entscheiden ihre eigene Verteidigungspolitik.

Beispiele: Dänemark, Norwegen und Spanien lehnten Atomwaffen auf ihrem Territorium ab. Frankreich, Deutschland und Belgien widersetzten sich einer NATO-Beteiligung am zweiten Golfkrieg gegen den Irak. Die Türkei verweigerte US-Truppen den Zugang zu ihrem Territorium.

Kurz gesagt: Selbst innerhalb der NATO können Länder ihren eigenen Kurs verfolgen – wenn sie es wollen. Spanien hat bereits erklärt, dass es das 5%-Ziel nicht akzeptieren wird. Warum also sollte Belgien diese Norm akzeptieren? Warum sollte eine Regierung in den Niederlanden etc. diese Norm akzeptieren?

5. Das Trump-Ziel bedroht unsere soziale Sicherheit.

«Es gibt kein Geld.» Diesen Satz haben alle seit Jahrzehnten gehört. Kein Geld für Investitionen in einen guten ÖV, kein Geld für Kinderbetreuung oder bezahlbaren Wohnraum, kein Geld für eine anständige Rente, kein Geld... Und nun werden plötzlich Milliarden von Euro für Aufrüstung und Krieg gefunden. Was für eine Lüge.

Allein um 3,5 Prozent zu erreichen, müsste Belgien jedes Jahr zusätzliche 10 Milliarden Euro aufbringen. Das ist unglaublich. Das 5%-Ziel ist ein Angriff auf unsere soziale Sicherheit und unsere sozialen Errungenschaften – und wenn wir ihre Zerstörung zulassen, hat Trump gewonnen.

Unterdessen haben die Rüstungsunternehmen längst gewonnen und machen phänomenale Profite. Sie werben Investitionen in die Rüstungsindustrie sogar als «die beste Investition aller Zeiten», wie sie sagen. Ein System, in dem Rüstungsinvestoren Kasse machen, während Rentner kaum über die Runden kommen, ist dekadent. Ein System, das mehr Geld für Panzer als für Schulen ausgibt, ist dekadent. Mehr Geld für Waffen: nicht in unserem Namen!



Peter Mertens auf einer Palästina-Demo. Quelle: zVg.

6. Die NATO gibt schon jetzt irrsinnige Summen aus.

Für die Kriegstreiber ist es nie genug. Sie tun so, als seien die NATO-Länder arme Schlucker, die kaum etwas für Verteidigung ausgeben. Das Gegenteil ist wahr. Die Zahlen sind irrsinnig. Wirklich irrsinnig. Im Jahr 2024 gaben die 32 NATO-Länder zusammen 1,275 Billionen Dollar für Aufrüstung aus. Wenn die 5%-Norm umgesetzt wird, steigt dieser Betrag auf 2,758 Billionen Dollar pro Jahr – mehr als das Doppelte!

Zum Vergleich: Das ist mehr als alle anderen Länder der Welt zusammen, einschliesslich China, Russland, Indien, Israel, Ukraine und Saudi-Arabien. Heute geben die NATO-Staaten das 12-Fache von Russland und das 4,5-Fache von China aus. Bei 5 Prozent wären es sogar das 20-Fache. Das ist keine Sicherheit. Das ist ein absurder Rüstungswettlauf, der unsere sozialen Errungenschaften zerstört und die Welt noch näher an einen grossen Krieg bringen wird.

7. Die NATO ist eine Kriegsmaschine.

Offiziell behauptet die NATO, für Frieden zu stehen. Aber hört, was Mark Rutte kürzlich sagte: «Die NATO ist das mächtigste Militärbündnis in der Geschichte der Menschheit. Mächtiger als das Römische Reich. Und mächtiger als das Reich Napoleons.» Dieser Vergleich sagt alles. Das Römische Reich war kein Verteidigungsbündnis. Es war ein Imperium, das auf Eroberung und Unterdrückung beruhte. Genauso wie Napoleon, der sich selbst zum Kaiser krönte und Europa unter seinen Einfluss brachte.

Wenn die NATO mit 1,275 Billionen Dollar tatsächlich mächtiger ist als das Römische Reich, warum müssen wir dann immer noch mehr ausgeben? In Wahrheit sagt Rutte es fast selbst – denn die NATO ist überhaupt kein Verteidigungsbündnis, sondern

ein Instrument zur Weltherrschaft, genau wie das Römische Reich. Die NATO ist eine Kriegsmaschine. Wir schulden ihr nichts. Keinen einzigen Cent für ihre Kriege!

8. Den Moment ergreifen: an unsere kollektive Kraft glauben!

Sie wollen uns mit Angst und Krieg zermürben – und mit allen möglichen technischen Details darüber, wie tief die neuen US-Bomben unter der Erde explodieren können. Sie wollen uns blind machen für die Gegenbewegung und unsere eigene kollektive Stärke.

Wir sind die Kräfte des Friedens. Wir sind die Menschen, die mit 150 000 in Den Haag und 110 000 in Brüssel die rote Linie gegen Völkermord gezogen haben. Wir sind die 6 Millionen US-Amerikaner, die an den Protesten gegen Trump teilgenommen haben: «Keine Throne, keine Kronen, keine Könige.» Wir sind die Hafenarbeiter von Marseille, die sich weigern, Kriegsschiffe nach Israel zu beladen. Wir sind die Palästinenser auf der ganzen Welt.

Liebe Freundinnen und Freunde: Ihre Weltordnung führt uns in den Abgrund. Jeder spürt, dass es nicht richtig ist, uns bis an die Zähne zu bewaffnen, während unsere Züge nicht fahren, unsere Renten gekürzt werden und unseren Krankenhäusern das Personal fehlt. Wahrer politischer Mut bedeutet nicht, Trump wie ein Schosshund hinterherzulaufen. Wahrer politischer Mut bedeutet, eine eigene Vision zu entwickeln: Eine Vision, die in unsere Industrie investiert, die in Technologie und Wissenschaft investiert, in die ökologische Transformation. Eine Vision, die in Frieden investiert.

Ihre Weltordnung ist die Ordnung der Vergangenheit.

Die Friedensbewegung ist die Kraft der Zukunft.

Glaubt an eure eigene Stärke.

Glaubt an unsere kollektive Kraft.

Übersetzung: UW.